

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
26 (1912)**

56 (7.3.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-549106](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-549106)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pf., einschließlich Postgeb.

— Mit —  
Unterhaltungsbeilage.

Bei den Inseraten wird die schlagvollere Gestaltung oder deren Raum für die Anzeigen in Württemberg, Baden und Ungarn, sowie der Filiale mit 15 Pfennig berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größte Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Preisbestimmungen unwechsellich. — Retrazierliste 50 Pf.

26. Jahrgang. Rüttingen, Donnerstag den 7. März 1912. Nr. 56.

## Monopole, Demokratie und Sozialismus.

In seiner Rede vom 4. März hat sich der Staatssekretär des Innern, Herr Teubner, als Anhänger von Staatsmonopolen bekannt. In seiner Rede vornehmlich, nach allen Seiten abzuwenden, die keinen zu nahekommen und es sich mit niemand verberben will, hat er zunächst die privaten Wirtschaftsmonopole in Betracht genommen, dann aber doch offen ausgesprochen, daß man ohnehin gezwungen sein werde, Privatmonopole in Staatsmonopole zu verwandeln. Jetzt stellt sich heraus, daß das theoretische Bekenntnis des Staatssekretärs nicht ohne praktische Bedeutung für die allernächste Zukunft ist. Wie das „Berl. Tageblatt“ erzählt, hat am letzten Sonnabend eine Besprechung des Reichsstaatssekretärs Vernehmlich mit verschiedenen Parlamentariern stattgefunden, in der die Einführung von vier neuen Staatsmonopolen erörtert worden ist. Es handelt sich um ein Petroleum-, ein Kali-, ein Spiritus- und ein Zündholzmonopol, deren Gesamterträge überaus beträchtlich auf zunächst 60 Millionen Mark veranschlagt werden.

Gewinnen diese Pläne weitere Gestalt, so wird es natürlich notwendig werden, sich mit ihnen im Einzelnen auseinanderzusetzen. Denn jeder von ihnen beruht auf bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen. So würde es sich z. B. im Falle des Zündholzmonopols um ein Produktionsmonopol, beim Petroleum aber um ein reines Verkaufsmonopol handeln, zwei völlig von einander verschiedene Dinge. Auch das Spiritusmonopol ist jedenfalls als bloßes Verkaufsmonopol gedacht, während im Falle des Kalimonopols die Frage offen bleibt, ob nur der Verkauf oder der Bergwerksbetrieb monopolisiert werden soll.

Für heute kann es sich nur darum handeln, die allgemeine, grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zu den vorerwähnten Monopolverordnungen klarzulegen. Doch diese Stellung seine ablehnende sein kann, liegt auf der Hand. Selbstverständlich kann eine sozialdemokratische Fraktion ein Staatsmonopol mit Rücksicht auf seine innere Gestaltung und auf bestimmte Zeitumstände auch ablehnen. So hat sich auch die Sozialdemokratie mit dem von Bismarck geplanten, im Jahre 1882 gefallenen Tabakmonopol nicht befeindeten können, das unzulässig bürgerlich freie Existenzen vernichtet oder — zur Zeit des Sozialistengeheißes — dem Wohlgebot der Regierung vollständig unterworfen hätte. Aber als grundsätzliche Gegnerin von Staatsmonopolen hat sich die Sozialdemokratie durch ihre damalige Haltung nicht bekannt, und sie hätte dies auch nicht vermeiden können, ohne sich mit ihrem Programm in Widerspruch zu setzen.

Das Programm der Sozialdemokratie fordert die Ver gesellschaftlichung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln. Ihr Ziel ist eine Wirtschaftsverfassung, die von den demokratisch organisierten Volksmassen selbst beherrscht und geleitet wird. Die Schranke, die der Volksherrschaft über die Volkswirtschaft entgegensteht, ist das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, die muß zertrümmert werden, wenn die Bahn für eine sozialistische Gesellschaftsordnung frei werden soll.

Jede Erweiterung des staatlichen Einflusses auf die Volkswirtschaft, jede Übernahme von Produktionsmitteln aus dem Privatbesitz in den Staatsbesitz, mag sie auch noch den kapitalistischen Grundzügen des geltenden bürgerlichen Rechts erfolgen, bedeutet somit, wenn nicht ein „Stück Sozialismus“, so doch einen Schritt in der Richtung zum sozialistischen Ziel. Die Arbeit, die bei einer kommenden Umwälzung der Wirtschaftsformen zu leisten sein wird, wird dadurch erleichtert und vereinfacht. Den Gegnern des Sozialismus, die dem Staat die Fähigkeit zur Übernahme der bisher privatwirtschaftlich organisierten Zweige der Gütererzeugung und Güterverteilung abzuschreiben, wird ein Argument nach dem andern aus der Hand geschlagen. Wir haben einen staatlichen Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst, Staatsbahnen, kommunale Tramwayen, Wasserleitungen, Gasanstalten, Kraftanlagen usw. Wenn man sich erinnert, welche Rolle diese Dinge in früheren Sozialistendebatten gespielt haben, und wie viele Einrichtungen, die für uns ganz selbstverständlich geworden sind, noch heute im Ausland unseren Genossen als stärkste Argumente gegen die platten Theorien eines kapitalistischen Moralföhrerums dienen müssen, dann wird man die große grundsätzliche Bedeutung einer Erweiterung der staatlichen Monopolverträge nicht mehr zu unterschätzen geneigt sein.

Dazu kommt, daß all diesen Staatsmonopolen die Tendenz innewohnt, sich auszuweiten und auf benachbarte Zweige des Erwerbslebens überzugreifen. Das Eindringen des verstaatlichten Staates in die Schiffahrt, verstaatlicht und bedingt durch seine Stellung als Bergwerksunternehmer, liefert ein interessantes Beispiel dafür. In ähnlichen Erscheinungen auf anderen Gebieten fehlt es nicht, und zweifellos würde

man auch die Erfahrung machen, daß ein Spiritus-, wie ein Kalimonopol dem Staat ganz neue Modemittel zur Beeinflussung der gesamten Landwirtschaft an die Hand geben würde.

Je mehr aber der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft steigt, desto klarer wird es, was der Besitz der politischen Macht bedeutet. Der Kampf um die Macht im Staate ist dann nicht mehr bloß ein Kampf um ideale Freiheitsgüter, sondern ein Kampf um bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, niedrigere Preise der wichtigsten Verbrauchsgüter. Man stelle sich einmal vor, daß das Reich, ähnlich wie es im Antrag statt gefasst war, den Getreidehandel auf Grund gesetzlich festgelegter Preise monopolisiert hätte; jede Preissteigerung wäre dann in noch viel höherem Maße als es jetzt der Fall ist, zu einem Kampf um den Brotpreis geworden!

Je größer die Macht des Staates über die Wirtschaft wird, desto mehr wird der Kampf der arbeitenden Massen um die Herrschaft im Staate für sie zur Lebensnotwendigkeit. Je größer umgekehrt der Einfluß des Volkes auf die Leitung des Staates ist, desto geringer wird die Gefahr, daß die Staatsmonopole in staatsfeindlicher Erwartung zu neuen Steuererhöbungen für die Masse der Verbraucher und zu neuen Zwangsarbeiten der Schürmaderei für die Masse der Arbeiter werden. Wo sich das Staatsmonopol mit der Demokratie verbindet, ist der Sozialismus nicht mehr weit!

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Anrechnung bestimmten Presse die ungewohnte Macht verleihen, aber die sie verführt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterpresse hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Vätern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wichtigste Mittel der Anrechnung. Bemächtigen wir uns dieses Hebele und die Presse wird das wirksamste Mittel der Freisetzung sein.  
Wilhelm Liebknecht.

## Politische Rundschau. Rüttingen, 6. März. Staatsbeamte als kaufmännische Leiter.

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir: Gelegenheit der Besprechung des Etats des Reichsamts des Innern hat Graf Bodo-Bach darauf hingewiesen, daß es durchaus unzulässig sei, wenn ein Mann, der noch dienstfähig ist, ohne besonderen Anlaß aus dem Reichsdienst mit Pension ausscheidet, um wirtschaftliche Aufgaben, die mit großem Gehalt verknüpft sind, zu lösen. Der Anlaß zu dieser Stellungnahme liegt in dem Ausscheiden des Präsidenten des Reichsverbandes der Territorieninteressenten zu werden. Nach den im Deutschen Reich bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hat er Anspruch auf die Pension als Reichsbeamter, trotzdem ihm in der neuen Stellung ein wesentlich höheres Gehalt zufließt, als er bisher bezogen hat.

Die Tatsache, daß sich Reichsbeamte pensionieren lassen, um eine höher dotierte Stellung im praktischen Erwerbsleben einzunehmen und dabei ruhig die Pension aus Reichsmitteln einzuflecken, ist zweifellos ein Mißstand, der im Interesse der Reichskasse beseitigt werden muß. Abgesehen von der Belastung der Reichskasse ergibt sich aber auch aus der Verwendung von Staatsbeamten in Privatbetrieben ein wirtschaftlicher Mißstand: sehr viele Gesellschaften legen nämlich mehr Wert auf Repräsentation ihrer Direktoren als auf kaufmännische Fähigkeiten und dadurch wird den kaufmännischen Angestellten das Aufsteigen ganz gewaltig erschwert. Ein Presselief hierfür konnte man fürstlich bei der Julius-Frisch Akt.-Ges. konstatieren: Diese Gesellschaft, die sich bekanntlich mit der Herstellung von Beleuchtungsapparaten beschäftigt, hat sich zur Leitung ihres Betriebes einen Geheimen Legationsrat aus dem Reichskolonialamt verpflichtet, also aus einem Gebiete, das der Tätigkeit des Direktors einer Beleuchtungsindustriegeellschaft sehr fern liegt. War wirklich unter den Angestellten der Firma Frisch kein einziger, der für den Posten geeignet gewesen wäre? — Auch bei anderen Berliner Unternehmungen finden wir häufig Geheimräte, Regierungsräte usw. an der Spitze, wo ein kaufmännischer Leiter geeigneter gewesen

wäre. Die Schuld daran trägt die Eitelkeit gewisser kaufmännischer Kreise, die zwar fortwährend nach dem „Kaufmann im Staatsdienst“ rufen, aber umgekehrt nur zu gern den hohen Beamten als Kaufmann sehen. Nun sind es freilich durchaus nicht immer nur die Titel, auf die die Kaufmannschaft Wert legt, wenn sie sich Beamte aus dem Staats- oder Reichsdienst holt. Welche Gründe sonst noch dabei zuweilen eine Rolle spielen, dafür ein Beispiel aus der Praxis: Die South African Territories Company liegt seit langem in Fehde mit der Reichsregierung wegen der Verlängerung der Konzessionen, und es schwebt eine Reihe von Differenzen zwischen der Gesellschaft und dem Fiskus. Schließlich wurde der Bezirkskommission von Westmännensboop (Zentral-Südafrika), der reformmäßig die ganze Angelegenheit bearbeitet hatte und mit allen Einzelheiten der fiskalischen Politik vertraut war, zum Direktor der Territories Company ernannt. Die Stellung des Fiskus gegenüber der Gesellschaft ist dadurch zweifellos geschwächt worden, da nunmehr der Direktor der Gesellschaft der Regierung auf Grund seiner eigenen Erkenntnis gegenüberzutreten konnte. Aus Anlaß dieses Falles wird vielfach eine Bestimmung gefordert, wonach es Beamten nicht gestattet sein soll, in wirtschaftliche Betriebe einzutreten, mit denen sie reformmäßig in ihrer früheren Tätigkeit zu tun hatten, und deren Verhältnis sie auf Grund geheimer Akten kennen.

Wenn ein Staatsbeamter aus irgendeinem Grunde seine Stellung aufgibt, um sich kaufmännisch zu betätigen, so kann ihm das niemand verbieten. Diese Betätigung darf aber nicht wirtschaftliche und finanzielle Interessen des Reichs gefährden.

Deutsches Reich.  
Der Kaiser verzichtet. In der Budgetkommission des Reichstages hat bei der Beratung des Berichts über den Etat der Fortverwaltung der Regierungsvorleiter mitgeteilt, der Kaiser habe sich auf Vorschlag des Statthalters dahin entschieden, auf die ihm feierlich vom Landesoberschatz freiwillig angebotene und zur Verfügung gestellte Jagd bei Oberhavel im Unterholz zu verzichten. — Die Wehrheit der Budgetkommission hatte nämlich vorgezogen, dem Klemm die Verpodung der Koellierjagd vorzuschlagen. Der Kaiser hat es also erst gar nicht auf eine Entscheidung, die im Sinne des Kommissionsbeschlusses ausgefallen wäre, ankommen lassen.

Verfassungs- und Wahlrechtsdebatten im sächsischen Landtage. Zwei Anträge auf Aenderung der sächsischen Verfassung fanden am Dienstag im Landtage zur Beratung. Zunächst ein Antrag der Freireinigen, der jährliche Tagungen des Landtages verlangt. Der freireinige Abg. Schwager begründete den Antrag mit der Begründung, daß sie dadurch durchaus nicht alljährliche Sitzungsperioden verlangen. Der Minister Bismarck v. Schönitz lehnte ein Eingehen auf den Antrag ab. Er führte eine ganze Menge sehr fahdenheijriger Gründe an, nur den einen wirklichen nicht, daß die Regierung nicht die jährliche Kontrolle des Landtages wünscht. Namens der Wehrheit seiner Fraktion sprach der national-liberale Abg. Pöcher gegen den Antrag. Er brachte zwar eine ganze Menge Material für den Antrag ein, empfahl aber dennoch die Ablehnung. Von anderer Seite sprach Gen. Mäge, der auch jährliche Sitzungsperioden wünschte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Freireinigen auf alljährliche Tagungen gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teiles der Nationalliberalen der Reichsstaatsdeputation zur Weiterberatung überwiegen. — Am folge der Antrag unserer Fraktion auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsbürger vom 20. Lebensjahre an. Genosse Pfeiffer begründete den Antrag; die Minister verließen mit ihrem förmlichen Regierungsratens offenkundig die Saal. Nach ihm sprach der national-liberale Abg. Nixdorf; er wandte sich gegen den Antrag und verfuhrte in gebundenen Redereien den Unterschied zwischen Reichstags- und Landtagswahlrecht zu begründen. Von den Konservativen sprach Schmidt-Freiberg. Er wandte sich in bekannten Redensarten gegen das allgemeine Wahlrecht und erging sich schließlich noch in allgemeinen Angriffen gegen die Arbeiterbewegung. Nach ihm kam der freireinige Abg. Günther zum Wort, der auch die Ablehnung des Antrages empfahl; er ging den Freireinigen zu weit; sie wollten nicht über das Reichstagswahlrecht hinausgehen. Mit 20 Jahren sei der Staatsbürger noch nicht reif. Genosse Pfäfersdorfer, der das Schlüsselwort hatte, rechnete in wirkungsvoller Weise mit den Rednern der bürgerlichen Parteien ab; der Antrag wurde wiederholt, und draußen im Lande würde das Volk schon sein Urteil fällen. — Das Verlangen unserer Fraktion, den Antrag ebenfalls der Reichsstaatsdeputation zu überweisen, wurde gegen die

Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt; der Antrag selbst wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ebenfalls abgelehnt.

**Preussisches Abgeordnetenhaus.** Das Abgeordnetenhaus beendete am Dienstag die Etatsberatung über die Vermögensverwaltung. In der Debatte, die sich in vielen einzelnen lokalen Angelegenheiten verlor, sprach Genosse Reimer. Er kritisierte die schlechten Löhne der Bergarbeiter in Gelsenhal, unter welchen auch die übrige Bevölkerung zu leiden habe. Interessant war das Angehörige des Ministers, daß die Teuerung der Lebensmittelpreise für die Regierung kein Grund sein könne, die Löhne zu erhöhen; es komme vielmehr in erster Linie auf die Rentabilität der Betriebe an. — Ein netter fiskalischer Standpunkt. — Donnerstag: kleinere Etats.

**Die Wahl des Abgeordneten Becker.** Die Wahlprüfungskommission des Reichstages verhandelte am Dienstag drei Stunden lang über die Wahl des Reichsverbändlers Dr. Becker. Dieser ist in Vingen-Alten mit 12 012 Stimmen gegen 12 010, die auf den fortschrittlichen Hga. Korell entfielen, gewählt worden. Gegen diese Wahl liegen drei Proteste vor. Die Kommission verbandelte nun zunächst über die beanstandeten Stimmzettel. Das Resultat stellte sich schließlich so: Dr. Becker 12 016, Korell 12 015 Stimmen. In Spendendosen sind zwei Stimmzettel mehr gezählt worden, als Wahlzettel vorhanden waren. Diese zwei Stimmen werden dem Dr. Becker abgezogen werden müssen; dann hätte Herr Korell eine Stimme mehr. Nun kommt es aber meistens darauf an, was von den im Wahlprotokoll aufgeführten Behauptungen erwiesen wird.

**Zur Reichspräsidentenwahl** berichtet die „Nationalzeitung“, das Organ der Nationalliberalen, daß der Meinungsaustausch zwischen einzelnen Parteiführern im Reichstage zu eingehenden Abmachungen noch nicht geführt habe. Doch werde die Anregung, die nationalliberale Fraktion möge den Präsidenten stellen, in parlamentarischen Kreisen als umschmeibbarer Weg betrachtet, um aus dem bisherigen Wirrwarr herauszukommen. Die nationalliberale Fraktion selbst habe kein Interesse, einen der beiden Vizepräsidentenposten zu belegen, um nicht wieder in die Lage zu kommen, das Mandat niederlegen zu müssen. Die fortschrittliche Volkspartei beharre jedoch auf dem Standpunkte, daß der Sozialdemokrat ein Vizepräsidentenposten eingeräumt werden soll und sie werde auch bei der Abstimmung dementsprechend verfahren. Die Verhandlungen, auch mit dem Zentrum und den Konserverativen, werden heute Mittwoch fortgesetzt.

**Die Strafe für nationalliberale Betätigung?** Von einer offenkundigen vollstänigen Verhinderung wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Polen gemeldet: „Der Streikausbruch für den Streik Gnesen hat am Montag beschlossen, der Firma S. D. Koman, die den „Gnesener General-Anzeiger“ herausgibt, den Verlag des „Gnesenerfreisblattes“ zu entziehen, und der konservativen gemäßigten Zeitung zu übertragen. Der „Gnesener General-Anzeiger“ ist bei der letzten Reichstagswahl für den nationalliberalen Kandidaten gegen den Konserverativen in gleicher Form eingetreten.“

**Seine Truppenentsendungen nach China.** Amtlich wird der „Post“ gemeldet, daß die in einzelnen Blättern verbreiteten Meldungen von Truppenentsendungen aus Kiel und Wilhelmshaven nach China gegenstandslos seien. Ebenso sei die Mitteilung einer Nachrichtsstelle von einem zwischen den europäischen Mächten stattfindenden Meinungsaustausch über weitgehende militärische Maßnahmen und über die bevorstehende Entsendung deutscher Truppen nach China über Sibirien vollständig aus der Luft gegriffen.

**Ein christlicher Sozialistenführer.** Der großen Anzahl von Doktrinen, die in diesen Tagen ihre unerschöpflichen Reize gegen die sozialdemokratische Tendenz anpreisen, gestellt sich jetzt auch der bekannte Licentiat Weber in München-Grabbach, einer der geistlichen Votone der christlichen Arbeiterbewegung. Er stellt zehn Leitsätze auf und er ist sehr davon überzeugt, daß ihre Befolgung das Heil bringen muß. Vor allen Dingen kommt es ihm darauf an, den christlichen Gedanken zum allerbesten Ausdruck zu machen und wenn er beispielsweise ein preussisches Wohnungsrecht fordert, so tut er das mit der Begründung, daß äußere, das Gemüt befeuchtende Verhältnisse das Glaubensleben, den Aufblick zu Gott und die christliche Entwicklung des Einzelnen sehr stark befördern.

Die behaupten nur, daß den Hausvätern diese Erwägungen ebensowenig imponieren werden, wie die diesseitigen Argumente der Sozialdemokratie und einiger bürgerlicher Sozialreformer. Der Aufblick zu Gott ist sicherlich eine schöne Sache, besonders bei den „unteren Schichten“ der Bevölkerung, aber die Meiste ist eine noch schmerzlichere, und die christliche Entwicklung des Einzelnen kann von den Verbänden der Haus- und Grundbesitzer auch nur insofern gefördert werden, als dadurch der regelmäßige Eingang eines beträchtlichen Mietzinses nicht gestört wird.

Auch mit seinen Steuerorschlägen wird Herr Weber nicht viel Glück haben, obwohl er von der Erbschaftsteuer kein Wort sagt. Eine „gerechte Verteilung der Steuern nach dem Grundbesitz der Leistungsfähigkeit“ mag zwar christliches Gebot sein, aber eine weitere Progression der Einkommens- und Vermögenssteuern lehnen die guten Christen im preussischen Abgeordnetenhaus nichts desto weniger ab und sie werden sich mit dem geistlichen Herrn erst dann zusammenfinden, wo er verlangt, daß auch der Abwehrkampf gegen die „übermächtige und übermächtige Sozialdemokratie“ mit aller Entschiedenheit zu führen sei. Insofern das Christentum gegen die Sozialdemokratie und gegen Arbeiterforderungen ganz allgemein nutzbar zu machen ist, wurden die Reaktionen oder Schottierungen stets freudig sein. Es ist, sich in seinen Dienst zu stellen, und die politischen Postoren sind ihnen in demselben Moment willkommen, wo sie den Nachweis erbringen, daß sich aus den Evangelien das Programm des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ableiten läßt.

**Sie wollen keine Reuten sein!** Ein kostbares Gelandnis entschlüßelt einem der schärfsten preussischen Scharfmobereiter, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, bei Behandlung der Frage der deutschen Rückwanderer. Klar ist der Grund, daß sich Deutsche, die aus dem Auslande zurückkehren, im alten Vaterlande nicht wohl fühlen können, weil sie sich nicht in den deutschen Staat wieder von den Rentoffenen zu scheiteln? Darüber löst sich das genannte Blatt schreiben:

Aber noch etwas anderes scheint uns auf Grund genauer Sachkenntnis notwendig: die Herren an der Spitze dieser völkisch so außerordentlich bedeutsamen Bewegung müssen sich klar machen, mit wem sie es zu tun haben. Mancherlei Klagen sind uns zu Ehren gekommen, daß die Leute zu schroff, zu militärisch behandelt und angefahren werden. Diese Leute, die aus Rußland und Amerika zurückwandern, sind Freiheit gewöhnt. Sie haben keinen Herren, keinen Gutsbesitzer über sich gehabt, sie mögen schlechtere Schulen besucht haben, und zum Teil den Einbruch von Kindern modien, aber das Ansehenswertwerden und das Kommandiertwerden können sie nicht vertragen und brauchen sie sich auch nicht gefallen zu lassen. So etwas löst sie ab. Dann gehen sie lieber zu ihren Freunden und Verwandten nach Kanada, ins Land unseres Erzfeindes, und verstärken damit dessen Kraft.

Also selbst die Leute, die aus Rußland kommen, sind mehr Freiheit gewöhnt, als sie in ihrem preussisch-deutschen Vaterlande vorfinden! Und das schreibt die alldenkliche „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die die ganze Welt preussisch machen will!

**Der dritte deutsche Jugendgerichtstag** wird vom 10. bis 12. Oktober 1912 in Frankfurt a. M. stattfinden. Das Hauptthema der Tagesordnung wird sein: „Notwendigkeit und Tringlichkeit gesetzgeberischer Maßnahmen gegenüber der anwachsenden Kriminalität der Jugendlichen“. Die Einzelthematika, deren Behandlung je einen Tag umfassen wird, lauten: 1) Strafe und Erziehung. Sühne und Besserung. 2) Strafe und Erziehungsmittel im einzelnen. Ihre Anwendung und Organisation. 3) Die Notwendigkeit eines besonderen Jugendgerichtsgesetzes mit Hineinwirkung der Grundzüge eines Reichs-Jugendgerichtsgesetzes.

**Behörden für soziale Gesetzgebung.** Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet: „Zwischen den Bundesregierungen schweben Verhandlungen, die darauf abzielen, auf allen Universitäten Behörden für soziale Medizin einzurichten, um die Studierenden der Medizin mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Arbeitergesetzgebung und mit den bei der Durchführung dieser Gesetze den Ärzten erschwerten Aufgaben vertraut zu machen. Im übrigen soll die Reichsversicherungs-Gesetzgebung in größerem Umfang als bisher als Vorbegehensmaßnahme auf den deutschen Hochschulen behandelt werden.“

**Oesterreich-Ungarn.**

**Für das gleiche Wahlrecht.** Das Budapest Proletariat hat fröhlich für das allgemeine Wahlrecht demonstriert. Am Montag vormittag ruhte in Budapest jegliche Arbeit. Der Demonstrationstag umfaßte etwa 100 000 Teilnehmer. Während des Aufmarsches vor dem Parlament waren umflotende polizeiliche und militärische Vorhinderungsmaßregeln getroffen. Der Zug war fast drei Kilometer lang. Die Menge sang unangenehm revolutionäre Lieder und brachte Rufe auf das allgemeine Wahlrecht aus. 2000 Arbeiter, durch rote Kränze als Decker kenntlich, sorgten ferner für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Mittags 1 Uhr war der Demonstrationstag beendet. Er verlief vollkommen ruhig.

**Eine Lohnbewegung der österreichischen Bergarbeiter.** Die Union der Bergarbeiter Oesterreichs hat am 3. März den Betriebsleitungen sämtlicher Braunkohlenschächte in den Revierbezirken des Komotau, Wien und Leitz folgende Lohnforderungen überreicht: 1. den Hauern im Abbau sowie auf der Strecke ist im Abfordbegriffe eine Prozentige Lohn-erhöhung zu gewähren und die Bedinge sind so zu legen, daß jeder Hauer mindestens 450 Kronen für die Schicht verdienen kann, 2. gleichzeitig sind allen übrigen Gruben- und Tagelohnarbeitern die Schicht- und Allfordbegriffe um 25 Prozent zu erhöhen, 3. Hausrentenbesitzer sind den Arbeiter statt 72 Tag. 82 zu gewähren. — Die Beantwortung dieser Forderungen wird bis zum 14. März erwartet. — Ebenso wie in Deutschland sind auch in Oesterreich die Löhne gesunken, dagegen aber die Arbeitslosigkeit erhöht.

**Frankreich.**

**Die Bergarbeiterbewegung in Frankreich.** Bürgerliche Blätter, wie z. B. der „Matin“, wollen wissen, daß es im „Vos de Galais“ und im Nordwesten zu einem Generalstreik der Bergleute nicht kommen werde. Natürlich sind das vage Kombinationen; die Beschlüsse des Cretain-Ausschusses der Bergarbeiterüberlegen sind noch nicht bekannt. Dagegen ist sicher, daß unter den Bergleuten des Veldens von Angis große Unzufriedenheit herrscht, sobald hier der Ausbruch des Streiks wohl zu erwarten ist. Die Grubenbesitzer haben die Löhne, die angefordert der hohen Lebensmittelpreise schon längst viel zu niedrig sind, immer weiter herabzudrücken. Ein definitiver Streikbeschluss ist allerdings auch hier noch nicht gefaßt; die Organisationsleiter sind sich der hohen Verantwortlichkeit bewußt, sie möchten die Bewegung nur gemeinsam mit den Kameraden der übrigen Reviere einleiten. Kommt es zum Kampf, dann haben die französischen Bergleute auch auf die Unterstützung anderer Berufsgruppen sicher zu rechnen. So hat die Föderation der Transport-, Hafen- und Dockarbeiter Frankreichs bereits beschlossen, den Bergleuten jede nur mögliche Unterstützung zu leisten. Dieser Beschlus beschränkt sich nicht auf den Kampf in Frankreich selbst, sondern in dem Zirkular der Verbandsleitung an ihre Funktionäre wird darauf hingewiesen, daß die englischen, deutschen, belgischen, amerikanischen Bergleute in eine Bewegung eingetreten seien, und es werde erwartet, daß die französischen Transportarbeiter die kämpfenden Brüder unter-

stützen werden. Die Art und Weise der Hilfeleistung überlasse die Leitung den Kameraden.

**Rußland.**

**Die deutsche Barrenpresse für das Justizverbrechen an den sozialdemokratischen Dumaabgeordneten.** Es war zu erwarten, daß die Aktion der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten zugunsten des Wieder- aufnahmeverfahrens im Prozeß der ungebührlich verurteilten Dumaabgeordneten, der sich auch einige freisinnige Landtagsabgeordnete angeschlossen haben, den Protest der zarentreuen deutschen Reaktion hervorbringen würde. Gibt es doch keine Schenklichkeit im Zarenreiche, beginnend mit den Strafexpeditionen und Pogromen bis zu den Gefängnis- grenzen und Justizverbrechen, die nicht das liberale Zaren- ränndnis und die Zustimmung jener Elemente in Deutsch- land gefunden hätten, die noch heute von der heiligen Allianz der bormässigen und russischen Intellektuellen träumen. Aber selbst wir haben nicht erwartet, daß dieser Ausbruch zum Zweck der Ehrenrettung Wäterschens so unglücklich blamabel für seine Initiatoren ausfallen würde. Neben allen Läden- büchern, die von der Reaktion gewöhnlich bei solchen An- lässen hervorgeholt werden, werden Argumente gebraucht, die von der mitleidberregenden Heißverehrung ihrer Väter- renzeugnis ablegen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die sich selbstverständlich auch diesmal zum Sprachrohr der treuen Kamelenden Wäterschens gemacht hat, behauptet mit der ihr eigenen Offenheit schamlos, daß die Behauptung betreffend das Komplott der russischen politischen Polizei gegen die sozialdemokratische Dumaaktion „wölig in der Luft schwabte.“ Das Verleibwort ignoriert dabei absichtlich die Tatsache, daß schon die Kommission der zweiten Duma, die ausschließlich aus den Vertretern der bürgerlichen Parteien bestand, einstimmig auf der Heberzeugung bestand, daß es sich hier um ein Komplott der politischen Polizei gegen die Duma gehandelt hat. Es will auch nichts davon wissen, daß die jetzt bekannt gewordenen Einzelheiten dieses Komplotts die Wäterschens behaltener Kopsittel und ihrer hoch- gestellten Auftraggeber zur Gewissheit erhoben und den Protest der ganzen Kulturwelt gewest haben. Was ist denn das Organ der Holzrunder und Prozentpatronen um solche Kleinigkeiten wie Kultur, Menschlichkeit und Ge- rechtigkeit? Was ist denn das, daß seine lobenden ge- senzschmeichelnde Bemerkung nach dem ganzen Stande der gegen die russische Regierung erhobenen Anklage einer böswichtigen Insinuation gleichkommt? „Selbst wenn aber — so schreibt es weiter — etwas Wahres daran sein sollte, so würde das eine reichsdeutsche Partei noch nicht berechtigen, sich derartig in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes (1) Staatess einzumischen und demselben ohne Beweis (2) öffent- lich vorzuziehen, daß in ihm ein derartiges Justizverbrechen verübt worden sei.“ Also wieder als Hauptargument die alte widerliche Heuschkelei von der „Näheimmischung“ in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates! Wieder die effluente Anbiederung an das „fremdende“ Reich des Cäsars und der Krone! Es genügt, diese Krüchermengen anzuführen, um die ganze Erbärmlichkeit dieser Verleib- gung des russischen Justizverbrechens darzutun. Was Wirkung kann nur die sein, die Seelenharmonie und Inter- essengemeinschaft des modernen deutschen Kulturtrümmers und der russischen Pogromkultur der Effendlichkeit erweht vor Augen zu führen, und den Protest des deutschen Volkes gegen die deutschen und russischen Barrenknechte noch bestiger aufzupfeilen.

**Kleine politische Nachrichten.** Die neuen Wehrvorlagen werden nach einer Korrespondenz dem Bundesrat gegen Ende dieser Woche zugehen, die Deutungserklärung im Laufe der nächsten Woche. Die Vorlagen hätten dem Reichstage noch vor Beginn der Osterferien vorgelegt werden. — Das Kaiser- gesetzwader mit den großen Kreuzen „Roon“, „von der Lamm“, „Joch“ und „Mollat“ soll von Kiel nach Wilhelmshaven ver- schifft werden. — Der Reichstagsler hat für nächsten Sonntag einen Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister zu- erhen zulassensabhängenden Verhandlung der Zukunftsfrage be- rufen. — Der neue bayerische Ministerpräsident Herr v. Hertling wird gestern im bayerischen Landtag eine längere Rede über sein Regierungsprogramm. — In Dubapost verankelerten die Sozialdemokraten gestern einen Demopositionsanzug zugunsten des allgemeinen Wahlrechts, an dem sich etwa 15 Personen be- teiligten. Gleichzeitig wurde ein halbseitiger allgemeiner Ausfall erklärt. — Das gesamte ruugastige Rabinet hat seine Demission gegeben. — Der in Malta stationierte englische Kreuzer „Saban“ hat Befehl erhalten, zugleich nach Areta in See zu gehen. — Der französische Ministerpräsident Poincaré hat den Minister- minister Delaisé ersucht, ein Kriegsschiff nach Westlita zu en- senden, um im Beistand die französischen Staatsangehörigen zu schützen. — Im Straß der Pariser Hochschulausschüsse haben die Reichsdeputiertenfraktionen das Vermittlungsangebot der Regierung abgelehnt. — Auf der Insel Areta berechnen erneut große Unruhen. — Die Darbanellen sind von Wlitschow ab- nachts für alle Handelschiffe geschlossen. — Der italienische Ministerat hat beschlossen, dem Könige die Genehmigung des Wy- abomials Francozelli zum Oberbefehlshaber der vereinigten See- kreisflotte vorzuschlagen. Wie haben gestern gemeldet, daß der bisherige Kommandant Admiral Viala möglich gestorben sei. — In dem Kampfe bei Derna am 3. März sind, wie jetzt genau festgestellt ist, auf italienische Seite 8 Offiziere und 52 Mann ge- storben, 13 Offiziere, darunter einer Hauptmann, und 14 Mann, davon 29 schwer, verwundet worden. — Präsident Fallieres unterzeichnet einen Befehlswort, durch den das Militärflugwesen organisiert und ein französisches Fliegerregiment geschaffen wird, auch entsprechende Kredite von 16 Millionen Francs, davon eine Million für die Marine, angewiesen werden. — Im maroccanischen Dafen von Laraca wurde ein von der spanischen Regierung veranlaßte mit einer Landung Telegraphenstationen einsehender Verwaltung am 1. März gebildet. — In Bangat (Siam) wurden mehrere Offiziere verhaftet, die versucht hatten, Soldaten zur Revolte anzuführen. Einer der Beschuldigten hat Selbstmord verübt.

**Sokales.**

**Wittengen, 6. März.**

**Wittenergedanken.**

Die Entscheidung über Hunderttausende wehrfähiger junger Leute wird gegenwärtig wieder getroffen. Das We- hrungsbeschlus stellt gewissermaßen ein großes Sieb dar. Lauglichkeit oder Untauglichkeit der Militärfähiger dar, von dem diejenigen, über die aus irgend einem Grunde ein



endgültige Entscheidung noch nicht getroffen werden kann, für ein Jahr vorläufig ausgefallen werden.

Für ungeheißer junge Leute bildet die Entscheidung über ihr Militärverhältnis auch zu gleicher Zeit eine Wendung im Leben. Vieles Klänge und Ziele werden durch das emtische, mit jener bekannten schmerzlichen unangenehm in den Ohren klingende Stimme gerauscht. „Tauschlich“ nicht gerührt und vernichtet. Drei, zwei und dreieinhalb Jahre werden sie aus ihrem Verleschen hinausgerissen. Wände bis dahin errungene Position, die ein geistreiches Auskommen und oft auch ein Lebensglück gewährleistete, geht verloren — nicht selten für immer! Und was wird dafür eingetauscht? Ein Leben, das für viele eine Hölle bedeutet, den meisten aber, die die Freiheit lieben und Selbstbewußtsein besitzen, zum mindesten fast unträglich wird.

Auf dem Rande, wo den jungen Leuten der Militarismus und Marinismus nur immer von der glänzenden Seite gezeigt worden ist, wo ihnen durch Schule, Kirche und Elternhaus ein Patriotismus suggeriert wurde, der mit wahren Volkswinteressen vereinbar ist, werden anlässlich der Musterungs- und Aushebungsgeschäfte an vielen Orten wahre Feste gefeiert. Nach außen hin sollen die Zeugnis ablegen von der Freude, welche angeblich bei denen berühren soll, die zum Volkswinterdienst anfordern wurden. Man wird aber billig zweifeln können, ob die Freude dort nicht auch in den Herzen reiner und unverfälschter ist, die ihre Haut nicht zu Markte zu tragen brauchen. Unsere Hurratrioten wollen das natürlich nicht wahr haben, aber sie sind nicht instand, das Gegenteil zu beweisen.

Anderen in den größeren Städten. Dort ist nichts wahrzunehmen von hurratriotischer Begeisterung. Alle wissen, daß das Leben in der Kaserne jede freirechtliche Bewegung tötet, daß ihrer dort eine Behandlung wartet, die unter Menschen im 20. Jahrhundert eigentlich eine kulturelle Unmöglichkeit sein mußte. Die aufgeläuteten Propagandisten aber hoffen das ganze System des Militarismus und des Marinismus, der nicht nur enorme Gulleuern, sondern auch Blutflüssen von ihnen fordert. Sie haben weiter erkannt, daß sie im bunten Rof viel weniger gegen den äußeren Feind einen Schutz darstellen als gegen den sog. „inneren“, den das Schwarzrotgoldgeld zu geru mit Blut ertränken möchte. Dem eisernen Zwange müssen sie sich wohl fügen, aber niemand kann ihnen ihre Gedanken aus dem Herzen reißen, die nicht bei den furchtbaren Massenmordhandwerk, sondern bei ihren Brüdern in der Arbeiterklasse weilen.

„Die Feuerzunge der Kaiser. Werst und ihre Handhabung“ lautet das Thema, aber das morgen Donnerstag, abends 6 Uhr, in Sadeawassers „Zivoli“ Verbandstheater Paul Müller-Berlin referieren wird. Beteiligt an diesem Thema sind in erster Linie die lehrmäßigen Arbeiter der Westfalia I und VII, sowie die Arbeiter des Schleifendepots, des Strombaues und der Verwaltung der Kaiser. Wert, die zum großen Teil von der kürzlich gewählten Feuerzunge ausgehört wurden. Jeder einzelne Arbeiter wird es für seine unbedingte Pflicht halten, die Versammlung zu besuchen.

Zu der Wintst in Stadtteil Döppens ist noch zu berichten, daß der der Lat dringend verdächtige und in Haft genommene Zimmermann Behrens noch immer befreit, den tödlichen Stich gegen Büchser geführt zu haben. Mehrere Zeugen befanden aber mit Bestimmtheit, daß B. ein Messer im Verlaufe der Schlägerei in der Hand gehabt hat. Da der Schlägerei eine ganze Reihe Personen zuzuschreiben, ist vielleicht auch jemand instand, anzugeben, wer von den auf Büchser eindringenden den verhängnisvollen Stich führte. Für den Gang der Unterdrückung wäre eine solche Angabe sehr von Wert. Wer diese Aufklärung zu geben in der Lage ist, melde das der Gendarmerie. Die Sezierung der Leiche findet morgen statt.

Inständig bekräftigt wurde gestern nachmittag in Altenroden von einem 15jährigen Lehrling ein neunjähriges Mädchen. Dem Bengel gebührt eine Töpsel ungebraunter Nide.

Von Krämpfen befallen wurde gestern abend in der Genossenschaftsstraße ein Arbeiter. Der Unfall war so heftig, daß der Mann zusammenbrach und geraume Zeit völlig bewußtlos war. Die benachrichtigte Polizei brachte den Kranken in eine gegenüberliegende Wirtschaft, wo er sich wieder erholt.

Die Sonnenfinsternis vom 17. April. Nachdem schon am 1. April eine partielle Mondfinsternis stattgefunden haben wird, sieht am 17. April eine Sonnenfinsternis zu erwarten, der die Astronomen mit ungewöhnlicher Spannung entgegensehen. Uebrigens wird das Naturerscheinung auch für Rollen der Beobachtung wert sein, da fast in ganz Deutschland neun Zehntel des Sonnenkörpers oder mehr von dem Mond bedeckt sein werden. In unseren Gegenden erfolgt der Eintritt zwischen 11 und 12 Uhr mittags. Die äußerste Grenze der Sichtbarkeit erstreckt sich bis Afrika und Arabien.

Die große Radfahrer-Mastertebe des Arb.-Radfahrervereins Rüstingen-Wilhelmshaven findet am Freitag, den 8. März in Sadeawassers Zivoli statt. Das Fest ist im Sinne eines Jahrmarkts arrangiert. Außerdem wird ein humoristisches Musikprogramm aufgeführt. An die Hohen und originellsten Damen- und Herrenmatten kommen 10 Preise zur Verteilung. Wer noch ein paar vergnügte Stunden verleben will, dem ist durch die Radfahrer-Mastertebe dazu Gelegenheit gegeben.

Wilhelmshaven, 6. März.

Der Gesangsverein „Harmonie“ wird am Sonnabend, den 9. März, in den Räumen der „Kaiserkrone“ mit der letzten Rosenballeade der Saison schliessen. Das Programm hierzu ist dezent und reichhaltig gehalten.

Aus dem Lande.

Barel, 6. März.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in einer hiesigen Wärderei. Der aus Oldenburg stammende Lehrling

S., welcher öfter an Krämpfen leidet, hatte das Unglück, daß er gerade einen Krampfanfall erlitt, als er damit beschäftigt war, Brot aus dem Backofen zu nehmen. Da sich auch sonst niemand in der Backstube befand, der ihm hätte beibringen können, erlitt er schwere Brandwunden und mußte sofort in das Krankenhaus geschafft werden.

Burhave, 6. März.

Schadenfeuer. In der Nacht zum Montag brannte das Wohnhaus des Arbeiters Hurr. Steenten, die sogen. „Kiechburg“, nieder. Die Schiene, welche südlich vom Wohnhaus stand, blieb infolge des ähmlichen Windes vom Feuer verschont. Das Feuer griff schnell an sich und nur mit knapper Not konnte St. nebst seiner Familie das nackte Leben retten. Von dem Eingang konnte nicht gerettet werden und zudem sind 3 Kühe, 1 Luene, 1 Kalb, Schafe und etwa 50 Hühner und Enten in den Flammen umgekommen. Der Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt. Das Feuer soll durch einen Schornsteinbrand entstanden sein.

Bunde, 6. März.

Die Bauarbeiter haben gestern hier die Arbeit niedergelagt, weil eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfg. von den Unternehmern nicht bewilligt wurde. Zugut ist streng fernzujahen.

Alene Mittelungen aus dem Lande. Die Frau eines Bahnbeamten, die ihren Krabau in der Verdaßstraße in Oldenburg beschäftigte, lachte so unglücklich von diesem, daß sie schwere Bein- und Rückenbrüche erlitt und sofort im Krankenhaus gebracht werden mußte. Am Sonnabend nachmittag geriet der zehnjährige Sohn des Krankebrüders Albert Dreemann in der Gasse in das Räderwerk eines Jgg. Göppl. Der Junge hat ein Bein vollständig verloren und wäre beinahe verkrüppelt. — Es ist beachtenswert, die Bahn-Kooperativen in Barel zum Aben- ständiger Markt zu eröffnen. — Wie vermute, ist das Hammerwerk in Emden an ein Konstantum verkauft worden, das dort eine Dampfmaschine einzurichten beabsichtigt. — Von dem Arbeiter Karl Eiden wurden in Schoo am 28. Februar eine Krampfen und am 1. März deren zwei lebend gefangen. Den Jang der Eltern schon in diese Jahreszeit muß man als eine Seltenheit bezeichnen, da sie im allgemeinen erst später bei warmem Sonnenschein aus ihren Schlafstätten hervorbrechen.

Aus aller Welt.

Die Schredensfahrt im Luftschiff. Eine äußerst tragische Luftschiffahrt hat sich Montag abend in Berlin abgepielt. Die Fahrt, die mit dem Tode eines Insassen endete, spielte sich folgendermaßen ab: Das Parierluftschiff „P. 6“ stieg Montag abend 8 1/2 Uhr vom Flugfeld Rosenthal bei Berlin zu einer Lebensfahrt auf, an der Regierungsbeamter Hoffmaier und die Führerinspektoren Oberleutnant Solzmann und Direktor Probst sowie ein Monteur teilnahmen. Nach einständiger Fahrt kehrte „P. 6“ zurück, landete glatt und sollte in die Halle gebracht werden, als ein plötzlicher Windstoß das Luftschiff so heftig emporriß, daß die Arbeiter, obgleich sie in genügender Anzahl vorhanden waren, das Fahrzeug nicht festhalten vermochten. Sie mußten loslassen, das Luftschiff erhob sich und wurde davongetragen. In diesem Augenblick konnte der Ballonmeister Robbes, der das Schleißel gepackt hatte, sich nicht schnell genug von diesem losmachen; er wurde mit emporgehoben und durch die Rüste davongetragen, ohne daß die Insassen der Gondel den Vorgang bemerkten. Der Unglückliche hielt sich krampfhaft an dem Seil fest, war aber nicht instand, sich von den Insassen der hoch über ihm befindlichen Gondel zu vertheidigen. Mit abgestellten Motoren trieb das Luftschiff als Freiballon auf Oberflurweite zu, den am Schleißel hängenden Mann mit sich führend bis Wiesdorf, wo die Insassen bereits die Rente gezogen hatten, um den Ballon hinunterzubringen. Robbes wurde nun durch den Wald geschleift. Hier veranfertigte sich der Ballon. Der Monteur Klassen benutzte die Gelegenheit, die Gondel zu verlassen. Er kletterte an einer Birke zur Erde hinunter. Als er unten angelangt war, rief sich der Ballon los. In diesem Augenblick bemerkte Klassen, daß jemand am Seil hing. Er rief den Insassen zu, sie möchten die Reifleine ziehen, da ein Mensch am Schleißel hänge, was die Insassen auch taten. Der Ballon landete unbedächtig in der Nähe der Wiesdorfer Ballonhalle. Jetzt wurde festgestellt, daß es sich um den Ballonmeister Robbes handelte. Er war bereits tot. Infolge der Schleiße durch den Wald war ihm die Kleidung vollständig vom Leibe gerissen worden. Der herbeigeholte Arzt, Dr. Fogberg aus Wiesdorf, konnte nur noch den Tod feststellen. Anzeichen der hat der Unglückliche, der am Ende der zwanzigjährigen Fahrt steht, verheiratet ist und zwei Kinder hat, das Genid gebrochen.

Ueberfall. In Kleingochwitz in Sachsen wurde auf den 81 Jahre alten emeritierten Lehrer Traugott Schiefner von mehreren Einbrechern ein Ueberfall ausgeführt. Als Sch., der als reich gilt, von einem Ausgange zurückkehrte, wurde er in Kellergehoß seines Grundstücks überfallen und mißhandelt, so daß er einige Zeit bewußtlos liegen blieb. Die Diebe nahmen offenbar an, daß der Greis in seiner Wohnung größere Summen aufbewahrt. Sie fanden jedoch kein Geld vor, sondern mußten sich mit dem Betrag begnügen, den Sch. in seinem Portemonnaie bei sich trug. Da der Ueberfall durch die Bewußtlosigkeit keine Hilfe requirieren konnte, entkamen die Einbreder.

Abgezügelter Monteur. Beim Bau der Schwebebahn in Varmen am Teich kürzte ein Monteur ab. Er war mit einem Kollegen auf einem unter der Schwebebahn hängenden Montagetageband beschäftigt, elektrische Leitungen anzubringen. Um den Wagen weiterzubewegen, drehte er eine Sturzel um. Stöcklich überglug er sich nach hinten und stürzte aus einer Höhe von etwa 15 Meter hinab auf die Teichböschung. Er erlitt einen Bruch des linken Unterarmes und anschließend auch innere Verletzungen. Die Sanitätskommission brachte ihn im Krankenhaus nach dem St. Josefshof.

Ein Primaner beim Vorkampf getötet. Der Vorkampf, der jetzt auch in Deutschland immer mehr Ankänger findet, hat in Barenburg in Sommer ein Opfer gefordert. Unter den Primanern des dortigen Gymnasiums war seit einiger Zeit das Voren ein beliebter Sport geworden. Als am Som-

tag ein Kampf zwischen dem Primaner Lieg aus Rangsfuß bei Dargig und dem Primaner Hinz aus Renslabl stattgefunden, erhielt Lieg einen Stoß in die Waagengegend und stürzte bewußtlos zusammen. Der junge Mann wurde sofort in ärztliche Behandlung genommen, starb aber kurze Zeit darauf.

Alene Tageschronik. In dem fischreichen Ort Oberlosau wurden durch Großfeuer drei Bauerngüter in kurzer Zeit vollständig eingeschmelt. Die ganze Ortschaft, landwirtschaftliche Maschinen sowie Viehvieh fielen den Flammen zum Opfer. Es wird Beamtung vermutet. — Beim Transport einer großen, etwa 100 Zentner schweren Eisenplatte im Orenschlender Handwerker bei Wolfes fippte die Platte um und erdrückte den 48 Jahre alten Zeimch- polter Anner. Der Verunglückte war verheiratet und Vater von acht Kindern. — In Radeberg in Sachsen stürzte sich eine Frau G., Mutter mehrerer Kinder, in ihrem Wohnhause mit einem Kinde auf dem Arme die Bodenstufe herunter. Während dem Kinde nichts gefehren war, erlag die Frau den bei dem Sturze erhaltenen Verletzungen. — Auf dem Hammerstein See bei Wolfstein verunglückte ein 53jähriger Schulfahrer auf langen, indem er in die Eisdecke ein Loch schlug. In diesem Augenblick schmolte ein 6pfündiger Hecht empor und verbiß sich in dem Arm des Anabes. Der Anabe wurde später auf dem Eise erlösen aufgefunden. — Die wegen Ermordung ihrer Tochter zum Tode verurteilte Wilma Bogel in Chemnitz ist vom König zu lebenslänglichen Zuchthaus begnadigt worden. — Der Schauspieler einer Familientragödie war in der Montag Nacht das Haus Bonquetstr. Straße 40 in Charlottenburg. Aus Gattenleide verging sie sich dort der 64 Jahre alte Kammermeister Albert Wintelof mit seiner um sechs Jahre jüngerer Frau Wilma durch Einatmen von Benzolgas. — Im Westfalen zu Westlich hat einen länglichen Zuchthaus begnadigt worden. — Der Schauspieler eines Schillerfestes sammeltunmäßig gemacht und nach dem Heilung gewohntem des Polizeipräsidenten gebracht. Die Verletzung ist nicht erheblich. — In der Schendebühlstraße 2 in Berlin stürzte vorgestern abend beim Spielen am Fenster die dreieährige Tochter Edith des Chauffeurs Möhle aus dem zweiten Stock auf den Hof und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie bald darauf starb. — Bei Wagnung verunglückte, kurz nachdem ein Schenklug vonver- gefahren war, ein Feldzug beide Götter des Eisenbaus. Durch dreifache Sprengung konnte ein Gieser freigelegt werden. Es sind große Zugerstörungen eingetreten. — Das Britische Museum wird bis auf weiteres geschlossen bleiben, da man befürchtet, daß Vindangerinnen des Frauenstimmrechts den Versuch machen werden, Zutrittsgehindnis zu beschaffen. — Zwei Arbeiter hängerten dem Frauenstimmrechts in London an sind wegen der letzten Ausschreitungen zu zwei Monaten Zuchthausarbeit verurteilt worden. Bisher wurde nur auf einjährige Gefängnisstrafe erkannt. — In Preßonville bei Amiens (Frankreich) ist die Maschinen- schlosserei Niquier vollständig niedergebrannt. Der Schaden wird auf über eine Million Francs geschätzt. 1500 Arbeiter sind beschäftigungslos.

Vermisches.

Ein hübscher Scherz. In der Sitzung des Abgeordneten- lauses vom 1. März ist der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann, als er sagte: „Der Krieg ist ein Sohn aus Gott, Christentum und Menschlichkeit“, vom Präsidenten Herrn v. Erffa zur Ordnung gerufen worden mit den Worten: „Ich rufe Sie wegen dieser Beschimpfung zur Ordnung!“ Dagegen hat nun Hoffmann geistvollordnungsmäßig schriftlich Einspruch erhoben: „Gegen den mir in der Sitzung vom 1. März wegen angeblicher Beschimpfung des Krieges erteilten Ordnungsruuf erhebe ich auf Grund des § 64 der Geschäftsordnung Einspruch, da der Krieg weder ein Mitglied des Hauses noch der Regierung ist, ebensowenig aber eine abwehrende Persönlichkeit ist, die sich nicht verteidigen kann.“ Dieser Scherz ist vom „Verl. Ztbl.“ gut gefunden, er mutet sich „hoffmannisch“ an. Aber Adolf Hoffmann denkt nicht daran, sich über den Teufel bei seiner Großmutter zu beschweren.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., 6. März. Die Untersuchung in der hiesigen Spionageaffäre ist noch nicht abgeschlossen.

London, 6. März. Die Beratungen über den Anstand der Bergarbeiter haben im Ausschuß des Industriesates begonnen. Die Grubenbesitzer von Wales erhielten telegraphisch die Aufforderung, nach London zu kommen, um mit über den Regierungsvorschlag zu verhandeln. Die Transportarbeiter und die Gensarbeiter haben beschlossen, nicht in den Sympathiestreik einzutreten. Die Zahl der durch den Bergarbeiteraufland in anderen Industrien beschäftigungslos gewordenen Arbeiter beträgt gegenwärtig 350 000 bis 400 000. Der Parlamentarierberichterstatter Delius erklärte, daß die Arbeiterpartei nicht den Standpunkt der Bergarbeiter teile, die Regierungsvorschläge abzulehnen, ohne sie diskutiert zu haben.

London, 6. März. Die Polizei drang gestern in das Bureau des sozialpolitischen Frauenverbandes ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Hume, 6. März. Die Schüler des Gymnasiums in Soussa sind wegen Differenzen mit dem Rektor in Streit geraten und traten deshalb gestern in den Streik. Als die Lehrer zur gewohnten Stunde das Gymnasium aufsuchten, wurden sie von den Schülern an dem Betreten desselben gehindert. Die Direktion des Gymnasiums benachrichtigte die Gendarmerie, die sofort in Stärke von 30 Mann anrückte und die Schüler vertrieb. Sieben Gymnasien wurden verhaftet.

Briefkasten.

A., Mittelstraße. Sie können Herrn Gendras Kunde vormittags von 9 1/2—11 Uhr im Rathaus Bismarckstraße 7 sprechen.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik, Realitäten und den übrigen Teil: Josef R. Nide; für Lokales: Oskar Schlicht. Verlag von Paul Dug, Stationenbrunn von Paul Dug & Co. in Köttingen.

Hierzu zwei Beilagen und das Anzeigungsverzeichnis.



# Konfirmations-Anzüge

Wir unterhalten in Konfirmations-Anzügen das größte und feinste Lager, besonders offerieren wir:

- Schwarze Konfirmations-Anzüge einreihig, je nach Grösse und Qualität . . . . . 5.75 - 25.00
- Blaue Konfirmations-Anzüge zweireihig, blau Cheviot, je nach Grösse . . . . . 13.00 - 19.00
- Blaue Konfirmations-Anzüge einreihig, blau Serge, je nach Grösse . . . . . 14.00 - 21.00
- Blaue Konfirmations-Anzüge einreihig, blau Cheviot, je nach Grösse . . . . . 14.00 - 22.00
- Blaue Konfirmations-Anzüge zweireihig, Kammgarn-Cheviot, je nach Grösse . . . . . 15.00 - 28.00
- Blaue Konfirmations-Anzüge einreihig, prima Serge, je nach Grösse . . . . . 17.00 - 24.00
- Blaue Konfirmations-Anzüge zweireihig, Kammgarn, je nach Grösse . . . . . 22.00 - 34.00
- Blaue Konfirmations-Anzüge einreihig, hochfeine Qualität, je nach Grösse . . . . . 25.00 - 38.00
- Farbige Prüfungs-Anzüge in grösster Auswahl und allen Preislagen.

# Gebr. Leffers

Größtes Lager in Herren- und Jünglings-Konfektion.

## An die organisierte Arbeiterschaft von Rüstingen-Wilhelmshaven.

Ein Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands fordert zu Sammlungen für die angescherten Porzellanarbeiter auf. Es wird hierdurch angefordert, die Sammlungen unvorzüglich vorzunehmen. Sammelstellen sind beim Kassierer des Gewerkschaftsartikels in Empfang zu nehmen.

Der Kartellvorstand.

NB. Die Sammellisten für die Tabakarbeiter sind sofort abzuliefern.

## Wilhelm-Theater.

Am Freitag den 8. März 1912, abends 8 1/2 Uhr:  
Schauspiel Abend.

## Der Wilderer.

Drama in 5 Akten von Gerh. Käfer.

## Freie Turnerschaft Daaugastemoor.

Sonntag den 31. März 1912 im Vereinslokal („Zum Härtten Biemard“)

## 2. Stiftungs-Fest

bestehend in Aufführungen, Schauturnen der Schüler- und Männerriege mit nachfolgendem Ball.

Beginn 7 Uhr. Entree: für Herren 30 Pf., für Damen 10 Pf. Hierzu laden freundlichst ein Joh. Kraake. Der Vorstand.

## Moquet-Sofas

schon von 36 Mk. an. Bremer Str. 25, Werkhant. Schnellste liefert Paul Ring & Co.

## Bauverein Rüstingen.

(Eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.) Am Sonnabend den 16. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, in Sadowassers „Tivoli“:

## Ordentliche Generalversammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Revisionsbericht des Verbandsrevisors.
  2. Geschäftsbericht.
  3. Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Reingewinns.
  4. Vorstandswohl (Kassierer).
  5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
  6. Wahl der Baufunktionäre.
  7. Genehmigung des Vertrages mit dem anzustellenden Vorstandsmittglied.
  8. Genehmigung der Neuwahlen.
- Die Mitglieder haben sich zu legitimieren. Der Geschäftsbericht liegt im Geschäftszimmer aus. Der Aufsichtsrat des Bauvereins Rüstingen. Behrens, Vorsitzender.

## Achtung! Seemannische Arbeiter

der Mefferts I und VII, sowie der Arbeiter des Schlenkendepots, Strombau und der Verwaltung der Kaiserl. Werft.

## Donnerstag den 7. März, abends 6 Uhr: Öffentl. Versammlung

in Sadowassers „Tivoli“, Gökerstraße. Tages-Ordnung:

1. Die Feuerzuzulage der Kaiserl. Werft und ihre Handhabung. Ref.: Verbandssekretär Paul Müller-Berlin.
  2. Freie Aussprache.
- Bolzähliges Erscheinen ist dringend notwendig. Der Einberufer.

## Wartenfel-Sande. Achtung!

Am Sonntag den 10. d. M. wird der Kreisverband Jever ein „Einigkeit“.

## Grob. Kappenball

wegen alle Fremde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden. Es werden 6 gegen 6. Wetobjekt 200 Mr.

## Alles ist umsonst, guter Stoff, teure Zutaten, saubere Arbeit, wenn beim Schneider der gute Schnitt fehlt.

Deshalb nehme man nur die so vorzögl. Favorit-Schnitte. Anleitung durch das reichhaltige Favorit-Moden-Album (nur 60 Pf.) erhältlich bei Frau E. Zirbech, Rüstingen, Mühlenstr. 34 p. 1.

## Nordenham. Sozialdemokrat. Wahlverein.

Donnerstag den 9. März abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Reher's Lokal.

Kauf der Tagesordnung u. a.: Vortrag d. Gen. Schulz-Wülting. Mitteilungsblatt legitimiert. Das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist dringend erforderlich. Der Vorstand.

## Kaninchenzucht-Verein für Rüstingen u. Umg.

Donnerstag den 7. März 1912 abends 8 Uhr

## Versammlung

im Vereinslokal (Wahlhof). Tagesordnung: Aufnahme. Verschiedenes. Der Vorstand.

## Ihr Fahrrad

muss unbedingt repariert werden. Wir haben die schnellsten Wege zur Reparatur nach W. Ballach, Lombedicht (beim neuen Messeturm).

## Codes-Anzeige.

Heute morgen entließ ich laut und ruhig nach langem schwerem Leben meine liebe Frau und meiner Kinder tröstende Mutter Marie Zimmering

geb. Oldewedecken im 40. Lebensjahre. Dies bringen tiefbetäubt zur Anzeige Marienfel, 5. März 1912. H. Zimmering u. Kinder.

Die Beerdigung findet am Freitag den 8. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Remede aus statt.

## Dankfagung.

Für die uns erwiesenen Hilfsmaßnahmen zu unserer stillernden Hochzeit sagen wir allen Nachbarn, Freunden u. Arbeitskollegen unsern herzlichsten Dank. W. Westerbeek u. Frau.

## Dankfagung.

Allen denen, die unsern teuren Entschlafenen das Geleit zur letzten Ruhe gaben, sowie für die zahlreichen Kranzgebenden, insbesondere dem Herrn Jochen für die wohlwollenden Worte unsern aufrichtigsten Dank. Frau Ciewert Wwe. nebst Wg.

## Einsegnungs-Kleider

in schwarz, Cheviot, Kammgarn, Popel, Violo

13.75 15.75 18.75 21.00 24.00 27.00 und höher

## Prüfungs-Kleider

in allen modernen Farben und Fassons

14.25 17.50 19.50 22.00 25.00 28.00 und höher

## Bakfisch-Paletots

in blau und farbig

7.50 9.75 13.50 16.50 21.00 und höher



Enorm grosse Auswahl für jede Grösse passend.

# Wallheimer.



# Norddeutsches Volksblatt

## Reichstag.

30. Sitzung vom 6. März, nachmittags 1 Uhr. Generaldebatte über den Etat des Reichsanwalts des Innern, 6. Tag.

**Von Bundesrat: Dr. Dehnbach.**  
**Abg. Dr. Cerret (L):** Ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei hat jüngst im Ständehaus dieses hiesigen Hauses ein „Qualitätsmaß“ genannt. (Hört! hört! rechts.) Wenn ich mit diesem Recht nicht auf mich zu eigen mache, so glaube ich doch, daß beim Etat des Reichsanwalts des Innern etwas zu viel gerade ist. (Große Gelächter und Zurufe links: Warum reden Sie denn?) Gewiß, ich schreie nicht zu den Säubern.  
 Die Umwandlung der selbstständigen Verwaltungen haben wir vorausgesetzt und deshalb die Verwaltungen abgelehnt. In der Frage des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Sozialisterei habe ich auf dem Standpunkt des Ministers v. Dölling. Gegen die Abgrenzung muß von Reichs wegen in schärfer Weise eingeschritten werden. Bezüglich werden nach grundsätzlicher Festlegung des Wanderverkehrs und Stellung der Arbeiter unter Aufsicht der Regierung. (Abg. Schütz: Wie? Wie? Wie?) (Große Gelächter.) Der Frauenbewegung habe ich sympathisch gegenüber. (Lachen links.) Wir wollen aber die Frauen nicht in das politische Leben hineinstecken lassen. (Zustimmung rechts.) Ich habe nun andere Resolutionen zum Schutze der Arbeitssphäre zu begründen. Wir wollen keine Verwässerung des Sozialistensystems im Ausnahmefall (Lachen links), sondern Schutze für Arbeitssphäre gegen Forderungen und Gewaltmaßnahmen. Ich verheiß deshalb nicht den Widerstand, besonders des Staatssekretärs Dr. Dehnbach, der sich nicht in Widerspruch zum Reichsanwalt und zum ehemaligen Staatsminister von Reichs wegen. Ich habe nun die Resolutionen im Ausschuss der Reichsanwalts des Innern in der republikanischen Hamburger Bürgerkammer in unser Standpunkt vertreten worden. Hier im Hause sind Sie dagegen. Es sollen in der national-liberalen Partei über Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Gelächter.)

Wir fordern in Uebereinstimmung mit der Industrie der letzten Jahre, um dem Arbeiterstand in der Landwirtschaft zu begünstigen, würde ich empfehlen, die Zuschüsse unter 14 und 16 Jahren von der Befähigung in gewissen Grenzen fernzuhalten. (Lachen links.) Ich meine im Interesse der Jugend. (Lachen links.) Der Bund der Landwirte hat niemals den Vorschlag gemacht. (Lächelndes Schweigen.) Wenn irgend eine Person das getan hätte, dann würden wir das missbilligen. (Lachen.) Ebenfalls möchte der Bund durch seine Vertreter in den landlichen Gewerbetreibenden Konkurrenz. Auch der gewerbliche Mittelstand muß von der Befähigung geschützt werden. Eine heftige Erhebung ist die Befähigung gewisser Gruppen mit der Hochschulbildung, die jeder überall offene Türen und offene Arme findet. (Zurufe links.) Der Bund der Landwirte findet diese Arme nicht. (Lachen links.) Er hat aber offene Hände. (Große Gelächter.) Diese Befähigung der Gruppen ist eine Bedrohung unserer politischen Lebens, eine Bedrohung der Monarchie. Nur eine fruchtlose Mittelstandspolitik kann hier helfen. Es müssen große Mittel angewandt werden, die hauptsächlich auf finanziellen Wert liegen. (Zurufe links: Gelächter!) Ich möchte nicht gern mich in den Parteien der Hochschulbildung lösen. Wenn mich die guten Sachen loden, so folge ich ihnen nicht. (Große Gelächter.) Der selbständige Mittelstand ist die beste Stütze für Königtum und Monarchie. (Beifall rechts.) Trotz mangelnder Differenzen bin ich geneigt, den Reichstag zu billigen, er möge doch das Gehalt des Reichsanwalts, um das es sich handelt, möglichst hoch bewilligen. (Gelächter und Beifall rechts.)

**Staatssekretär Dr. Dehnbach:** Der Redner war der Meinung, daß meine Ausführungen über die Resolution auf Einbringung eines arbeitsfähigen Schutzes anderen Regierungsleistungen widersprechen. Die Ausführungen des Staatssekretärs von Reichs wegen aber vor länger Zeit gefällig, und seitdem hat sich mangelnd verändert, namentlich die Interpretation des § 153 der Gewerbeordnung, die früher außerordentlich eng war, jetzt aber erheblich erweitert worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem wurden früher außerordentlich viele Strafen verhängt, während man jetzt allmählich zu immer höheren Strafen übergegangen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was dieser Zustand folgt, das Bestimmungen des § 153 abzuändern, wenn die zurückerhaltenen Strafen des Gesetzes ihre Pflicht tun. Diese Aufhebung habe ich auch heute noch. Es ist ein großer Erfolg, den ich den letzten Fällen, die Arbeiter von Strafen befreien zu lassen und vor Gericht zu stellen. Außerdem habe ich angedeutet, daß jedes Gesetz in dieser Richtung sich auch mit Vorzügen befaßt, die wir getarnt belächeln und wirtschaftlichen Leben betreffen und nicht allein Bezug haben auf das Verhalten Angehöriger einzelner Parteien. Ich habe darauf den Gehalt gesagt, ob unter Strafgesetzbuch mit seinen Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit, die auf einem völlig anderen Boden gewonnen sind, heute noch ausreicht, und ich möchte nicht wünschen, daß die großen Veränderungen, die in unserem öffentlichen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben vorliegen sind. Der Staatssekretär selbst weiter aus, daß diese Vorlesungen mit den Erfahrungen des Reichsanwalts vom November 1910 und auch mit den Erfahrungen des Ausschusses des Reichsanwalts des Innern übereinstimmen. Der Staatssekretär geht dann auf die Mittelstandspolitik ein. Wenn man heute die Mittelstandspolitik bespricht, so muß man sich klar werden, welchen Mittelstand man meint. (Sehr richtig! links.) Der bürgerliche Mittelstand hat sich günstig entwickelt und wenig Anlaß zu Klagen. Wenn gewerblichen Mittelstand muß man aber darauf Rücksicht nehmen, daß wir neben dem selbständigen jetzt auch einen unselbständigen Mittelstand bekommen haben, den sogenannten neuen Mittelstand, wie ihn seine Güter und Freunde zu bescheiden pflegen. Er ist ein Produkt unserer modernen wirtschaftlichen Entwicklung, und er gehört gewiss nicht zu den Stiefkindern unserer Gesamtentwicklung. Er umfaßt große Kategorien von Erzeugern, die zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter stehen, die große Kategorie von merkwürdigen Personen, die mir gänzlich unbekannt sind mit dem Gehalt der Veränderung für die Privatangehörigen. Dieses Gesetz allein sollte schon beweisen, daß der neue Mittelstand sich der warmen Fürsorge der Reichsanwalts des Innern, wie des Reichsanwalts zu erfreuen hat. Die

Sollen, die das Gesetz unserer Produktion aufrecht hat, sind nicht gering, und das sollte man in den Kreisen dieses neuen unselbständigen Mittelstandes nicht vergessen. Selbstverständlich haben auch diese Kreise eine Reihe von Wünschen, die ich haben werde. Ich wünsche, sie haben, wenn ich es allgemein ausdrücken darf, den Wunsch, in ihrer Bestimmung in dieser Situation zu kommen, wie die Angehörigen des Handelsgewerbes. Ich erlaube ausdrücklich, ich bin jeder Zeit bereit, diese Wünsche zu erfüllen, soweit es sich nicht um die Frage wichtiger grundsätzlicher Fragen handelt. In den Wünschen der Herren gehört dann Regelung der Konfurrenzschutz. Auch diese Frage haben die Verbündeten der Regierung bereits versucht zu regeln, die Vorläufe haben aber nicht die Billigung des Reichstages gefunden. Die verschiedenen Vorschläge, die damals kamen, haben mich in der Ueberzeugung gebracht, daß die Ende noch nicht Zeit zu einer Lösung war. Jetzt ist Zeit darüber nachzudenken. Die Frage der Konfurrenzschutz im Handelsgewerbe wird im Reichstagsrat behandelt und wir müssen abwarten, was sich daraus ergibt, bevor wir unerschrocken wieder der Frage näher treten können. Eine dritte Materie unter den Angehörigen ist die Neuregelung des Erfinderrechts. Sie kann gesondert und zusammen mit einer Neuregelung des Patentrechts geregelt werden. Ich kann daher alle Beteiligten nur bitten, zu warten, bis ich in der Lage bin, und ich hoffe, bald dazu in der Lage zu sein, die Neuregelung des Patentrechts vorzuschlagen. Nun zum selbständigen Mittelstand. Seit einiger Zeit häuften sich die Klagen dieses Mittelstandes, und ich habe nun großen Teil ihre Berechtigung. (Zurufe links: Wie? Wie? Wie?) Ich habe nun die Klagen der Arbeiter, die die intelligenten Handwerker in beschäftigter oder unbeschäftigter Weise in die Großbetriebe hineingehen. (Hört! hört! links.) Andererseits geht ein großer Teil der Arbeit, die vor 50 Jahren Kleinmeister waren, jetzt in den Arbeiterstand über. Schließlich ist auch die Frage der Beschäftigung der Arbeiter im Kleinbetrieb ungelöst gemacht haben, nicht aus der Welt zu schaffen.

Man muß betonen, daß der Handwerker möglichst alle Vorteile des Großbetriebes zugänglich zu machen, also Kapital, Kredit, Maschinen und möglichst Vorarbeiten. Aber alles das sind Mittel, die nicht für das Klein, sondern nur für den Großbetrieb zugänglich sind. Die Beschäftigung ist nicht unzulässig. Das deutsche Kleinrentnergesetz nimmt in erster Linie auf das Kleinrentnerrecht Rücksicht, die Neuregelung des Kleinrentnerrechts, die Einrichtung der Handwerkskammer, der kleine Beschäftigtenstand sind in diesem Sinne von der Reichsregierung geschaffen worden und werden im Handwerk viel genutzt. Zufällig haben auch der Staatlich auch nur die Hauptbetriebe und diejenigen Handwerksbetriebe einen großen Aufschwung erlitten, die durch die Natur der Dinge mit dem Großbetrieb nicht konkurrieren können. Viele andere Zweige des Handwerks, die heute so sehr auf den individuellen Geschmack und auf die Handfertigkeit ankommen, haben dagegen einen günstigen Entwicklung genommen. Die Fortschritt, daß die Industrie beitragen soll zu den Klagen der Kleinrentnerstand im Handwerk, wird zwar von allen Seiten des Hauses als berechtigt anerkannt, aber die Verhältnisse in den einzelnen Teilen Deutschlands liegen hier sehr verschieden, und ich habe deshalb immer eine gewisse Scheu gehabt, hier mit einer reichsweiten Regelung einzugreifen. Ich bin aber bereit, mit den Regierungen in Verbindung darüber einzutreten, ob nicht eine Regelung durch Christliche erfolgen könnte. Eine Verschärfung der Wanderer wird ich kaum auf reichsweites Gebiet durchzuführen lassen. Ebenso liegt es mit einer Vertiefung des Kleinrentnerrechts in den Handelsgewerbe. Ich habe hier die Bundesregierung gebittet, daß sie sich für eine Reform des Kleinrentnerrechts handelt es sich auch um Fragen, die immer eine reichsweite Regelung verlangen. Das sind Rücksichtfragen, für die man höchstenfalls Maßnahmen ergreifen kann. Im Verwaltungsverfahren muß aber dafür gesorgt werden, daß das Handwerk berechtigt ist. Das muß auch bei der Anwendung der Verwaltungsverfahren sein. Die Arbeit der einzelnen Regierungen müssen dafür sorgen, daß diese Verordnung auch befolgt wird. (Abg. Bauli (L): Sie tun's aber nicht.) Die preussischen Vorschriften sind auch im Reich eingeführt. Vielleicht können mit Hilfe der Jungeren Normen für einseitige Preise festgesetzt werden, die den Behörden bei der Festsetzung eines Angebots geben. In Sachsen hat das sogenannte Bundesamt ein Sammelamt geschaffen, das den Behörden und den Handwerklern mit Vorarbeiten zur Seite steht. Vielleicht liegt in dieser Richtung der Anlaß zu einer erfolgreichen Lösung der Frage. Der Staatssekretär bringt sich dann gegen die Aufhebung des § 100 aus und betont, daß dies ein verheißenes Wankfortschritt gegen die Aufhebung seien. In diesem Frühjahr werde eine neue Sammelamtverordnung erlassen werden, um neben anderen auch diese Frage prüfen zu lassen. Weiter soll eine Kommission über die Frage des Kleinrentnerrechts berufen, besonders darüber, in welchem Umfang eine Enquete auf diesem Gebiete durchgeführt werden soll. (Beifall.)

**Abg. Marasch (Mittl):** Meine hochverehrten Anwesenden! (Zustimmung rechts.) Das Grundproblem der Wirtschaftspolitik ist: wie schaffen wir dauernd Arbeitsgelegenheit. Hand in Hand mit dem Wachstum der deutschen Bevölkerung muß das Wachstum der deutschen Wirtschaft gehen, meine lieben Herren. (Erneute Zustimmung rechts.) Die Einmündung steht nicht still (vielleicht ironisch sehr richtig), meine hochverehrten Anwesenden. (Erneute Zustimmung.) Der Redner bezieht sich auf die Frage der Beschäftigung in der Landwirtschaft. Einmal notwendig ist die reichsweite Regelung der Lohnfrage für den Kaufmannstand. Sie liegt gleichermaßen im Interesse der Handwerker und der Prinzipale; ebenso erforderlich ist die zeitliche Festlegung des Arbeitsverhältnisses, der ein Segen für die Gesundheit, die Arbeitskraft, das Familienleben des Kaufmanns und seine Beteiligung am Kulturlieben ist. Auch die Arbeitszeit in den Kontoren muß über kurz oder lang gesetzlich geregelt werden. Es wäre Überflüssigkeit der Prinzipale, in Kontoren der Angehörigen dem Gehalt keine Wänge zu machen. Die Konfurrenzschutz, die eine Erweiterung und Förderung der Erwerbstätigkeit für den einzelnen ist, muß angeschlossen, auf jeden Fall gesetzlich neu geregelt werden. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß die Reichsregierung an der Verantwortlichkeit der Verhältnisse. Das Nationalrecht muß genügend geschützt werden. Es muß so beschaffen und unerschütterlich sein, wie das Wahlrecht. Es ist ein Altrecht des einzelnen, sich zu realisieren. Der § 153 der Gewerbeordnung läßt die Veränderung am Verbrauch

des Konfurrenzrechts unberührt. Dieser materielle Schutz muß nachgeholt werden. Starke Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter sind keine Bedrohung des Wirtschaftens, es ist ein Zeichen der Beschäftigung, deren Zweck. Wir müssen auf dem Boden der Sozialreform ein gesundes, arbeitstüchtiges und arbeitskräftiges Volk schaffen. (Beifall bei den Nationalisten.)

**Abg. Gothein (Sp.):** Wir sind bereit, dem Staatssekretär das Gehalt zu bewilligen, selbst wenn er nicht jeden Tag eine Maßnahme beschließt. (Große Gelächter.) Weit das so weiter, so müssen wir ein Gesetz zum Schutze gegen laute Wählerreden schaffen. (Erneute Gelächter.) Der glückliche Gehalt des Abg. Dr. Cerret steht im Einklang mit der Besitze, die er jetzt trägt. Er hat keine bisher weisse Weste mit einem schwarzen Trübsinn versehen. (Große Gelächter.) Vermuthlich trauert er darüber, daß der Reichstag nicht ganz nach seinen Wünschen zusammengesetzt ist. Der Staatssekretär und der Redner des Reichsanwalts Dr. Dehnbach haben unsere Wirtschaftslage eminent günstig dargestellt, und es ist berechtigt, als ob dies eine Folge unserer Wirtschaftspolitik sei. Sie besetzen sich auf die Steigerung unserer Leistung, aber aus der Last sich nicht ohne weiteres auf einen Erfolg unserer Wirtschaftspolitik verlassen. Ich doch auch in den Jahren der Erprobung Wirtschaftspolitik die Ausläufer beobachtet. In einem Punkte, dessen Verbesserung ich so stark vermehle wie in Deutschland, ist das nämlich 900 000 Menschen, die die Aufgabe zu sich erheblich steigen; denn dieser Bevölkerungsumsatz, den die Landwirtschaft nicht unterbringen kann, muß in Handel, Gewerbe und Industrie untergebracht werden. Die englische Bevölkerung aber vermehrt sich um 600 000 Menschen jährlich. Wenn man die englische Wirtschaft und England kommt ohne Schuld aus, etwas mehr gelassen ist, wie die unsere, dann ist unsere Situation im Vergleich zu England gar nicht besonders günstig. — Der Staatssekretär sagte, unser Zolltarif sei ein gutes Instrument für Handelsverträge. Nun, die Handelsverträge, die mir selbst abgeschlossen haben, sind sehr unangenehm ausgefallen, woraus zu schließen wäre, daß unser Zolltarif kein gutes Instrument ist. Das Ausland hat uns eben diesen Tarif mit seinen Begünstigungen nachgemacht, und wir sind nicht weiter gekommen. Wenn England mit England darf nicht überlegen werden, daß dieses seinen Schiffbau noch ganz anders forciert hat als wir, und daß es mit seiner riesigen Flotte in ganz anderen Maße als Frankreich der Handelspolitik der Welt gegenüber ist. (Sehr richtig! links.) Die Auffassung, daß die gegenwärtige Konjunktur günstig sei, ist doch recht optimistisch. Wenn man sich den Verhältnisse und die Abschlüsse der Wahlen anseht, so ist von einer günstigen Konjunktur nicht zu sprechen. Unvermeidlich ist reichlich Arbeit vorhanden, und die Arbeitslosen sind zahlreich. Wie mühen aber freigegeben, weil es schwer geworden ist, und die Arbeiter noch sich um ihre Familie nicht mehr ernähren können. (Sehr richtig! links.) Der reichliche Arbeitsnachfrage steht gegenüber eine wesentliche geringere Beschäftigung unserer Industrie, die wieder eine geringere Sozialisierung zur Folge hat und damit eine Verlangsamung im Wachstum neuer Produktionsstätten. Eine vorläufige Sozialpolitik, gleichgültig, ob eine andere Industrie, kann den Arbeiter nicht schenken, wie die Unternehmungen zeigen. Herr Dr. Dehnbach sagte über das Steigen der Lohnpreise, aber das Lebensmittel teurer geworden sind, müssen die Löhne im Vergleich steigen. Wenigstens ist den Vergararbeitern für den 1. April eine Erhöhung der Löhne versprochen. Günstiglich werden sie nicht davon in Anspruch nehmen, die Löhne aber bedeuten höhere Kostenpreise. In der letzten Richtung wird die Erhöhung der Produktionskosten durch die Verteuerung der Rohstoffe. Auch die Rohstoffe werden verteuert. Die Begriffe des Zentrum gegen die Sozialisten nehme ich nicht ernst. Es will seinen Wählern nur sagen können, es habe gegen die Sozialisten getrieben. Früher sprach man davon, daß die Sozialisten die Sozialisten im Schicksal des Herrn Epochen erlitten, aber der wunderliche Schicksal blieb jährelang bestehen, und dann kam der letzte mehr als harmlose Anschlag heraus, der die weiße Salbe gegen Arbeiterkassen ist. (Beifall.) Das einzige wirtschaftliche Mittel gegen die gefährliche Preissteigerung der Rohstoffe ist, daß man die Arbeitskraft in der Konsumtion und im Handel, im Handel aber nur das Gegenstück. Ein Schritt zum Nationalismus hat das „Viel der Industrie“ nur verteuert. Das Ministerium hat das öffentliche Gegenteil von dem erreicht, was der Staatssekretär von den Sozialisten erwartet. Denn ohne das Gesetz könnten 15 bis 20 Milliarden die Frage nicht fördern, die das Sozialisten haben mit erreicht. Das Verarmungsmaßnahme ist doch nur ein Gesetz zur Förderung des Sozialismus. Und zur Förderung des Sozialismus wird der Schutts auf sich als Beispiel. Das Zentrum will mit seinem Sozialismus nur vorfragen machen, was es an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Arbeiter durch Unterstützung zu den Sozialisten und Sozialisten beizutragen haben mit erreicht. Der Sozialismus der nationalen Arbeit, Friedrich Eiß, hat erklärt, jeder Sozialist mache sich mit der Zeit selbst illusorisch dadurch, daß durch die Steigerung der Produktion die innere Konsumtion des Schutts umwirksam mache. Bei den neuen Handelsverträgen kommt es auf den Welt an, in dem der Sozialist gewonnen wird. Ein Sozialist, der seinen Besitz, daß die Sozialisten nicht gewinnen haben, ist es. Es muß endlich eine Maßnahme darüber veranlassen werden, die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter daran zu binden, die Millionen auszuscheiden. (Zustimmung links.)

Die preussische Sozialist ist die Wirkung der Sozialistengesetze ist es über Einzelheiten unbrauchbar. Ein Antrag, ein Sozialist im Gebiet der Wirtschaft. (Sehr richtig! links.) Die objektive Vererbung in Österreich bei der Sozialistengesetze ist gebrandmarkt, daß man sie geheim hielt und sie erst im Unmengen bekannt wurde. Der Redner schließt mit dem Nachweis, daß der Großgrundbesitzer egoistische Politik zum Schaden des Kleinrentners und der gesamten Volkswirtschaft treibe, daß er nach dem Einkommen der Oberrentneren o. B. Großrentner die Einkommen ausländischer Arbeiter den deutschen verzögert, und daß diese Politik durch eine solche zum Schaden des Volkes erfüllt werden müsse. (Beifall bei Sozialisten links.)

## Gewerkschaftliches.

**Zur Vergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.** Die Vergarbeiter der Zeche Kattorf, die Montag die Arbeit niedergelegt hatten, sind gestern wieder angefahren. Auf Zeche Schornborn fand Montag eine Verammlung statt, die zwar die Wiederanfang ablehnt, aber in einer Resolution die Weglichkeiten der übrigen Zechen auffordert. Solange zu arbeiten, bis die Parole von den Organisationsleitungen herausgegeben wird. Die Bestimmungen, daß andere Zechen dem Beispiel der vorgenannten folgen und ebenfalls nicht anfahren würden, sind nicht eingetroffen; die Vergarbeiter folgen durchwegs den Anordnungen ihrer Organisationen.

**Das Zentrum und die Vergarbeiter.** Seit das Zentrum der stets zuverlässigen Bundesgenosse des Zentrumismus und des Christopapals geworden ist, nehmen auch die christlichen

Gewerkschaften in der allgemeinen Arbeiterbewegung eine veränderte Stellung ein. Von der allgemeinen Parteipolitik nach rechts gedrückt und für den Fall der geringsten Widerschlichkeit vom römischen Vatikan bedroht, schlagen sie sich auf die Seite der Interner und sind in der Arbeitertreue gegen alle wirklich gewerkschaftliche Arbeit ihr eigentliches Betätigungsfeld. Darum kann heute auch eines der allerhöchsten Zentrumsblätter, die „Germania“, den Gewerkschaften ein „Alders Vergarbeiter als eine wahre Schuttruppe der kapitalistischen Ordnung feiern. In einem Artikel über „Sozialistische und anarchosozialistische Einflüsse bei der Vergarbeiterbewegung“ sucht die die Dinge so darzustellen, als handle es sich bei der gegenwärtigen Bewegung nicht um die Erringung menschenwürdiger Löhne, sondern um die Inangenerung eines anarchosozialistischen Generalstreiks, und fährt dann fort:

Diesen Gedanken entsprechend ist dann auch versucht worden, die Vergarbeiter des erwaehnten Becklandes in die Bewegung hineinzuziehen. Die Franzosen und Belgier sind ja schon an und für sich leicht geneigt, denartige Pläne mitzumachen. Sie werden sich auch diesmal bei entsprechender Bearbeitung für die Sache begeistern. Nicht so leicht ist die Sache in Deutschland. Hier sind mehrere Vergarbeiterorganisationen, darunter auch der Gewerkschaft christlicher Vergarbeiter, der, wie bekannt, aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen gegen einen aus politischen und revolutionären Tendenzen hervorgegangenen internationalen Generalstreik ist. Natürlich wissen auch die „Germania“ und der Gewerkschaft christlicher Vergarbeiter, daß die gegenwärtige Bewegung nicht irgendwelchen fundamentalistischen Theorien, sondern der allgemeinen Forderung aller Lebensmittel entspringt.



Das Gerde von Anarchozialismus ist weiter nichts, als ein durchsichtiger Vorwand, um der Forderung der Arbeiter nach einer Ausgliederung der Löhne für die gesteigerten Lebensmittelpreise im Innereninteresse entgegenzutreten. Ein solches Verhalten ist bei einem Blatt wie der „Germania“ nicht weiter verwunderlich. Aber etwas unvorstellbar ist doch die Art, wie dieses ultrareaktionäre Blatt die christlichen Bergarbeiter - keinen hohen Gönnern als wahre Ruffertinnen anpreist.

Sage mir, wer dich lobt, und ich werde dir sagen, was du bist.

Deutsche Gewerkschaftsbekämpfung als Muster für das Ausland. Einen interessanten Einblick in die vielseitige Tätigkeit eines Konfals in Deutschland bietet ein Schriftstück, das uns durch Zufall in die Hand kam. Der Major v. Colbitz in Düsseldorf wandte sich an den Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes in Düsseldorf mit folgendem Schreiben:

Die Adresse des Arbeitgeberverbandes einer gest. Mitteilung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände verdankend, möchte ich Sie ersuchen um Uebersendung Ihres Jahresberichts (für Sommer 1910 - bis 1911) höchstlich bitten. Zur Motivierung meines Ansuchens bemerke ich, daß die Argentinische Regierung großes Interesse nimmt an der Bekämpfung von Streiks etc., welche dem jungen reichen Lande schon mehrfach sehr schweren Schaden zugefügt haben. Wenn nun auch selbstverständlich die hierzu Lande mit Erfolg angewandten Mittel zur Bekämpfung des erwähnten sozialen Übels sich nicht ohne weiteres in ein fremdes Land mit Aussicht auf gleichen Erfolg importieren lassen, so ist es doch von großem Nutzen, sie zu kennen.

Aus diesem Grunde überbrachte ich meiner Regierung 1911 die letzten Jahresberichte etc. des Arbeitgeberverbandes Düsseldorf, die man mir freundlichst zur Verfügung gestellt hat. Der Argentinische Regierung ist diese Sendung außerordentlich nützlich gewesen, da sie ebenfalls der Ansicht ist, daß zur Durchorganisation der Arbeitgeber dem Uebel wirksam entgegenzuarbeiten werden kann. Ich gebe Ihnen schließlich die Versicherung, daß alle Daten, die sie mir diesbezüglich überbringen, in jeder Hinsicht geheim bleiben, und von mir direkt an meine Regierung unter Betonung ihres geheimen Charakters weitergegeben werden.

Ich bitte Ihnen zu jeder Gegenleistung gern zur Verfügung und grüße mit vorzüglicher Hochachtung sehr ergebenst  
(gez.) Major v. Colbitz.

Der republikanische Regierung in Argentinien wird mit dem Recht, wie die Unternehmer die Gewerkschaften in Deutschland bekämpfen wollen, wenig gedient sein. Herr v. Colbitz möchte schon andere Mittel zur Bekämpfung des erwähnten sozialen Übels ausfindig machen. Aber bezeichnend ist das Schriftstück dafür, daß Vertreter ausländischer Regierungen die Art der deutschen Gewerkschaftsbekämpfung als Muster nach dem Ausland exportieren wollen. Zur Veranschaulichung seines Verichts rufen wir dem Herrn v. Colbitz, seiner Regierung auch die Berichte der General-Kommission der deutschen Gewerkschaften zu überbringen, damit sie daraus ersehen, welchen Erfolg die Methode der Gewerkschaftsbekämpfung durch die Unternehmer in Deutschland erzielt hat. Dann würde die argentinische Regierung auf diese von den Unternehmern bezogenen Informationen wohl verzichten können und zur Abwendung von Streiks bessere und vernünftiger Mittel im eigenen Lande ausfindig zu machen suchen, ohne erst die Hilfe ihres Rivalenfalls in Anspruch zu nehmen.

Die Holzindustriellen mißachteten den Schiedsspruch. Außer in Schenken haben nun auch die Unternehmer im Holzgewerbe in Frieda den Schiedsspruch nicht anerkannt. Sie haben dem Holzarbeiterverband neue Bedingungen für einen Vertragsabschluss zugestellt. Da der Verband diese Bedingungen nicht anerkannte, sperren die Unternehmer in Frieda die Holzarbeiter vom Montag an aus. Auch in Neustadt a. Orla wollen die Unternehmer den Schiedsspruch nicht anerkennen. Die Bemühungen der Zentralräte für eine Einigung sind aber noch nicht gekheitert.

Textilarbeiterstreiks in Sachsen. In Delsnitz haben am Montag 150 Förber die Arbeit niedergelegt, nachdem die Unternehmer die Verhandlungen ohne jeden Grund abgebrochen haben. - Ebenfalls haben in Falkenstein bei der Firma Ch. Kange die Förberei- und Appreturarbeit die Arbeit niedergelegt. Die Ursachen sind Lohnhöhen.

In Plauen sind am Sonnabend den 2. März 350 Weber und Weberinnen ausfindig geworden, weil ihnen die Firma eine 10prozentige Lohnaufbesserung verweigert hat.

**Soziales.**

**Hästringen, 6. März.**

Der Bürgerverein Bant hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung im „Odeon“ ab. Da der bisherige Schriftführer sein Amt niederlegte, wurde an dessen Stelle Herr Meister gewählt. - In den Verein wurden zwei Herren aufgenommen. - Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab in Einnahme und Ausgabe ein Defizit von 95,35 Mark. - Sodann hielt der Vorsitzende ein kurzes Referat über das Schulwesen. Hieran schloß sich eine lebhaft Debatte, die den ganzen Abend ausfüllte.

Der Bürgerverein Heppens (östlicher Teil) hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung im Vereinslokal (Defana) ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertren die anwesenden Mitglieder das Andenken des verstorbenen Mitglieds v. de Juren in üblicher Weise. Nach der Beitragshebung fanden 5 neue Aufnahmen statt. Unter Annahmehel wurde die Einstellung der höheren städtischen Beamten sowie der Landankauf angeregt. Ein Stadtratsmitglied gab hierauf nähere Auskunft und wurde von ihm einiges richtig gestellt, was von einigen Mitgliedern verfehlt aufgefaßt wird. Ueber weiteren Ausbau in den Volksschulen gab ein Schulvorstandsmittglied, soweit es hierin unterrichtet ist,

Bericht über die geplante Einführung von Schulärzten und des Gewerbeunterrichts. Bekannt wird, daß infolge des starken Einlebens des gemeinen Proletts die neue 16klassige Schule nicht bezogen werden kann, was als Folge einer Auslegung von Unterrichtsfinden sein wird, um alle Kinder unterzubringen. Da eine Wiederabhaltung des Jugendbüchsenfestes als aussichtslos bezeichnet wird, wurde der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte betr. Entschädigung einzuleiten. Bekannt wird, daß das Feuerlöschwesen geregelt wird, da bei Festlichkeiten im Stadtteil Heppens Feuerwache sein muß, dagegen im Stadtteil Bant nicht. Nach einigen unwesentlichen Erörterungen erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Theaterverein „Deutsche Bühne“ veranstaltet am Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Neubremer Ball- und Theateraal (S. B. Öhring) anlässlich des 3. Stiftungsfestes, eine große Theateraufführung mit nachfolgendem Ball. Zur Aufführung gelangt: „Der Trompeter von Säckingen“, romantisches Schauspiel in 7 Bildern.

Der Ostfriesenverein „Cala freya Grefena“, veranstaltet wie alljährlich, so auch in diesem Jahre und zwar am Freitag, den 8. d. Mts. im großen Saale des „Colosseums“, einen plattdeutschen Theaterabend mit nachfolgendem Rappenball. Außer drei hübschen Theaterstücken werden den Besuchern noch besondere originelle Uebersetzungen geboten werden. (Siehe auch Insetat).

Durch ein Versehen bei der technischen Herstellung unserer Zeitung sind getrennt die beiden Notizen „Verlegung des Schulbureaus“ und „Fund - Verfeigerungen“ unter Wilhelmshaven statt unter Röstlingen rubriziert worden. Aufmerksame Leser werden den Lapfus selbst korrigiert haben.

**Wilhelmshaven, 6. März.**

Die Unterseeboot-Abteilung soll nach dem Marinestat von 1912 eine Stärke von 518 Köpfen erhalten. Hieron entfallen auf das schwämmige Personal 182, auf Heizer, Maschinisten und Elektrische 334. Unter ihnen befinden sich 10 Oberbedienstetzte, 20 Bedienstetzte, 72 Obermaate und 96 Maate. - Bei der Minenabteilung (Sarkhausen) werden für das laufende Rechnungsjahr neugefordert: 1 Oberbedienstetzter, 1 Bedienstetzter, 6 Obermaate, 10 Obermatrosen und 30 Gemeine, im ganzen 440 Stellen.

Wieder ein Fahnenflüchter vor dem Kriegsgericht. Der Torpedomatrose Sch. wurde am 27. Dezember 1903 vom Schiff „Friedrich Karst“ nach Bremen beurlaubt. Von diesem Urlaub lehrte Sch. nicht wieder zurück. Er ist von Bremen aus dann lange Jahre in aller Herren Länder herumgestreift. Während dessen hat er sich auch in England verheiratet. Mitte Februar 1912 stellte er sich hier in Wilhelmshaven schließlich selbst der Marinebehörde. In der gestrigen Kriegsgerichtsverhandlung gibt er an, daß er heute noch nicht wisse, warum er vor neun Jahren fahnenflüchtig wurde. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Wegen Diebstahls und unerlaubter Entfernung ertheilt der Notrolo G. von der II. R. D. 5 Monate 3 Tage Gefängnis. Er hatte am 28. Januar nachmittags, nachdem er sich den Schlüssel zur Registratur verschafft hatte, in dieser einen Schreibtisch erbrochen und daraus die Geldkassette entwendet. Diefelbe war jedoch leer. Hierauf schickte G. an einen hinterlassenen Brief an seinen Feldwebel teilte er mit, daß er sich ertränken werde. Dazu hat ihm aber augenscheinlich im entscheidenden Augenblick die Raurage gefehlt; denn einige Tage später wurde er von einer Patrouille aufgegriffen.

Als gefunden sind in letzter Zeit auf dem Polizeiduro in Wilhelmshaven nachstehend aufgeführten Gegenstände abgegeben und bislang nicht wieder abgeholt: 3 Portemonnaies, 1 Lotterielos, 1 Aoralentette, 1 Schieflarre. Außerdem wurde eine Taube als zugeflogen angemeldet.

**Aus dem Lande.**

**Oldenburgischer Landtag.**

Dem Landtage sind außer einigen Petitionen zu morgen oder übermorgen auf der Tagesordnung stehende Vorlagen zugegangen. Der Bericht des Finanzausschusses über den Neubau eines Ministerial- und Landtaggebäudes nebst dazu gehörenden Gutachten des Gehelrat Hofmann-Berlin und des Professor Hdgg-Dresden. Ferner der Bericht des Finanzausschusses, betreffend Grundzüge für die Bemessung der staatlichen Beihilfen zu den Oberrealschulen, den höheren Mädchenschulen, den Realschulen und den höheren Bürgerschulen. Hierzu ein reichhaltiges Tabellenmaterial.

Die nächste Plenar-Sitzung findet morgen, Donnerstag, statt. Sie wird die Abänderungsanträge zum Schul- und Einkommensteuergesetz zu behandeln haben. Auf der Tagesordnung stehen fünf Punkte.

**Schorrens, 6. März.**

Der Bürgerverein Schorrens hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung im „Grünen Wald“ (Eben) ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erstattete ein Gemeinderatsmitglied Bericht von der letzten Gemeinderatsitzung. Aus demselben ging u. a. hervor, daß ein von Interessenten gestellter Antrag, in Orlam einen Ausloblefftrag herzurichten, vom Gemeinderat befürwortend an die Großherz. Eisenbahndirektion in Oldenburg weiter gegeben worden sei. - Die Verpflanzung der Straße Orlam-Schorrens mit Bäumen sei zurückgestellt, weil ein bisheriger Gärtner 1000 Mark verlangte. Dieser Preis sei unannehmbar zu hoch bemessen, weil doch nur 300 Bäume in Frage kämen. Wenn dem Gemeinderat kein günstigeres Angebot gemacht würde, wäre er auch nicht abgeneigt, die Verpflanzung selbst in die Hand zu nehmen. - Die Lichtfrage sei wieder in ein neues Stadium getreten. Die Zentrale in Wiesmoor sei vordringlich geworden wegen Durchführung der Stromleitung durch die Gemeinde nach Keum, Tellenstedt usw. Zuerst Verleigerung unserer Gemeinde mit elektrischem Licht sollen in den nächsten Tagen

Bersammlungen stattfinden, in denen Herr Ing. Schneider von den Siemens-Schuckert-Werken Vorträge über elektrisches Licht und Strom zu Kraftzwecken halten wird. Die Bersammlungen finden statt: in Seimbühle am 9. März bei Schmitt, in Orlam am 14. März bei Jakobs und Schorrens am 16. März bei Joh. Mosu alle Interessenten eingeladen sind. In der Beschreibung erklärten sich viele Mitglieder für das elektrische Licht. - Unter Punkt Vereinsangelegenheiten wurde die stattgefundene Gemeinderatswahl besprochen. Hervorgehoben wurde, daß der Verein, trotzdem der Gemeinderatswahl ausgetreten ist, seinen Stand behauptet hat, indem seine ganze Liste gewählt wurde. Die Liste wies 521 Wähler auf, von denen haben 491 gewählt, also 95 Proz., was gewiß eine Zellenheit ist. Die 30 Nichtwähler sind in der großen Mehrzahl Arbeiter und sogar Mitglieder von unserm Verein, welche teilweise durch Krankheit oder Arbeit verhindert waren, ihr Wahlrecht auszuüben. - Unter Verlesenes wurde leb. Laute Klage über die schlechten Wege in der Gemeinde geführt. Leute, welche sich belästigen wollten, würden von einem zum andern geschickt. Es wäre an der Zeit, daß einmal ein ernstes Wort geredet würde, zumal die Baulastigkeit sich wieder ausbreite. Eine Lichtlinie sei nicht vorhanden, die Häuser werden teilweise direkt am Wege und andere wieder bis zu 10 Meter davon ab gebaut, was wegen der vielen Drehungen und Krümmungen gar nicht wunderbar sei. Es würde sich später bitter rächen und der Gemeinde viel Geld kosten, wenn hier nicht bald was gemacht würde. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Bersammlung.

**Barel, 6. März.**

Rabiate Tat. Eine recht rabiate Tat beging dieser Tage ein hiesiger Mutter, ein Herr J. Diefelbe nahm auf dem Marktplatz einen 4 1/2-jährigen Jungen, der unvorsichtiger Weise vor sein Auto lief, in seinen Wagen, nahm ihn mit in seine Wohnung und verprügelte ihn. Sollte Herr J. die Gesetze so schlecht kennen, daß er nicht weiß, daß ihm das Recht nicht zusteht, fremde Kinder zu schlagen, und dazu noch einen 4 1/2-jährigen Jungen?

**Grabsede, 6. März.**

Messerstecher. Gelegentlich eines Balles wurde ein hier auf Urlaub befindlicher Marinefeldwebel von einem Zivilisten verfolgt und ihm Steche in die Hand und den Kopf beigebracht. Dieser entfloh dann in die Büthen der Ulbornischen Piesele, wo von seine Spur verlor. Am Festtag ist ein Gut und ein Fahrrad zurückgeblieben. Man hofft, daß die Sachgen zur Ermittlung des Täters beitragen können.

**Schwei, 6. März.**

Unfallfall. Am Freitag hatte der Sohn des Landwirts L. das Unglück, beim Anfahren eines Pferdes von diesem vor den Kopf geschlagen zu werden, wobei das rechte Auge des jungen Mannes schwer verletzt wurde. Hoffentlich gelingt es, dem Bedauernswerten das Schwermogen zu erhalten. - Ein ähnliches Unglück stieß einem jungen Mann aus Axtormoor gelegentlich eines Bobfahrens des Turnvereins zu. Er wurde von einer brennenden Zigarette eines Turners ins linke Auge getroffen.

**Ehorn, 6. März.**

Einkubr. Hier ist wieder einmal ein Einkubr an der Arbeit gemessen und hat der Weinfeller des Bahnhofsweirts Büding einer eingehenden Revision unterzogen. Gestohlen sind etwa 30 Flaschen Wein und Spirituosen, sowie für etwa 7 Mark Tabak; allem Anscheine nach sind die Waren mit einem Handwagen fortgeschleppt worden. Das Fenster in der Kellertür war mit Gewalt aufgebrochen worden.

**Brate, 6. März.**

Als Lebungsetage für Abgaben usw. durch die Groß. Amtsrezeptur Brate sind angelegt: für die Stadtgemeinde Brate der 3., 4., 11., 12. und 15. April; für die Gemeinde Holzwarden der 29. März und 2. April und für die Gemeinde Hammelwarden der 27. und 28. März.

Lauf Bekanntmachung des Stadtmagistrats liegt dem Plan über die Anlage der Strombus-Motoren-Fabrik vom 26. März an 14 Tage zur Ansicht im Rathaus aus und sind Ansuchen hierüber dem Magistrat mitzuteilen.

**Norderney, 6. März.**

In der „Norderneger Badzeitung“ befindet sich eine Nachricht aus Wilhelmshaven. Das Blatt schreibt: „S.M.S. „Polen“ hat bei der heutigen Kohlenübernahme seinen eigenen früheren und den kürzlich von S.M.S. „Helgoland“ aufgestellten Weltrekord, für den letzteres Schiff von seiner Majestät besonders gelobt wurde, gebrochen.“ Am Schluß schreibt das Blatt: „Das wird den braven Polenener aber Schweiß geloset haben. Alle Achtung vor solcher Leistung, die man noch besser würdigen wird, wenn man sich vor Augen führt, daß 900 Tonnen Kohlen 450 Last und 90 Eisenbahn-Waggonladungen zu je 10 000 Kilogramm (200 Zentner) darstellen.“ - Wie nun diese Weltrekords erzielt werden, haben wir in unserer Zeitung schon zur Genüge erfahren. Wir bedauern bloß die armen Mannschaften, welche bei dem holtigen Arbeiten eine Unmenge Kohlenstaub einatmen müssen, worunter die Gesundheit ruiniert wird. Wir wünschen dem Schreiber des Artikels, einmal eine solche Kohlenübernahme mitzumachen, vielleicht schlägt dann das patriotische Herz ein etwas langsames Tempo.

**Lingen, 6. März.**

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Sonnabend nachmittag auf der im Bau befindlichen neuen Schlepplugschleuse Halle bei Lingen. Dolehst war eine Anzahl Arbeiter an einer Punte mit dem Ausladen von schweren Brunnentuben beschäftigt. Plötzlich kenterte das Schiff und begrub acht Arbeiter unter sich in den Fluten des Kanals. Sofort wurden Rettungsarbeiten in Angriff genommen, und es gelang, 6 Arbeiter zu retten, während 2 Arbeiter ihren Tod in den Wellen fanden.

**Schwaffer.**

Donnerstag, 7. März. vormittags 3.50, nachmittags 4.20



# Norddeutsches Volksblatt

## 52. Oldenburgischer Landtag.

Sitzung am Dienstag, den 5. März 1912.

Die Sitzung wird um 10 Uhr morgens eröffnet. Erster Gegenstand ist das **Beschluß des Rates der Reichsbeamten um Erhöhung der obersuburgischen Beamtengehälter.**

Der Besetzungsausschuß hat zwei Anträge gestellt. Ein Teil beantragt die Petition durch die Zurückziehung der Vorlage 81 (Beamtengehälter) für erledigt zu erklären. Der andere Teil, darunter die Sozialdemokraten, stellt den Antrag 2, die Petition als Material zur Neubearbeitung des Besetzungsausschusses zu übermitteln.

Bei dieser Gelegenheit wird das Verhalten der Staatsregierung gegenüber dem Antrag des Besetzungsausschusses, 205 000 Mark für Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Diätäre zu bewilligen, und die Stellung des betr. Ausschusses zu dieser Vorlage aufgeführt.

Herr **Reger** als Berichterstatter begründet die Anträge zu dieser Vorlage und legt die Stellung des Besetzungsausschusses zur Vorlage 81 dar.

Herr **Reger** (Sog.): Kamens meiner politischen Freunde will ich unsere Stellung zu der vorliegenden Petition mitteilen. Wir sind für den Antrag auf Materialüberweisung, weil das Konkrete eines Antrages vom vorigen Jahre ist, dem wir zugestimmt haben, wonach die Staatsregierung ersucht wird, darauf Bedacht zu nehmen, die Gehälter der obersuburgischen Beamten, Lehrer und Gewerksamen den vorliegenden Werten entsprechend nach und nach soweit zu erhöhen, bis die preislichen Besetzungssätze einschließlich des Wohnzulagezuschusses erreicht sind. Der Kern des Streits ist der Besetzungssatz. Ich muß auch sagen, daß die Verhältnisse nicht so gleichartig sind, wie das immer hingenommen wird. In den Grenzorten sind die Lebens- und Wohnverhältnisse teurer als auf dem Lande. Eine Reihe von Beamten, wie Oberlehrer, Kantorenbeamten usw., erhalten ja zwar bereits die preislichen Sätze; die große Mehrzahl aber nicht. Soweit zur Petition. Was dann die Vorlage 81 anbelangt, so hat ja die Regierung auf Grund der Stellung des Besetzungsausschusses, wonach dieser sagt die Vorlage 81 zuzusetzen, aber bereit ist, aus dem Eisenbahnüberschuß bis 205 000 Mark für Aufhebung der Löhne der Arbeiter und Diätäre zu bewilligen, erklärt, dieser Regelung nicht zustimmen zu können. Sie hat die Vorlage zurückgezogen. Ich nehme an, daß die übrigen Mitglieder des Besetzungsausschusses nicht grundsätzlich der Vorlage 81 nicht zugestimmt haben, sondern weil, wie meine politischen Freunde sich überzeugt haben, die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Darum ist nun die Regierung selbst schuld. Vor Abschluß der Beratung des Budgets zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Erhöhung der unteren Gehälter der Löhne und Monatsvergütungen der Nichtschuldenbeamten möglich ist, erklärte die Regierung, das ständige Eisenbahnvermögen werde dadurch zunichte. Wenn man jetzt diesen Antrag noch mit einer anderen Vorlage, die eine Willen erfordert, verknüpft, so ist das ein effektiver Widerspruch der Regierung. Der Ausschuss und auch ich und meine politischen Freunde haben und nun wünschen, daß die Finanzlage nicht so günstig ist, wie sie geschätzt wird. Die Mittel aber durch Setzen von 205 000 Mark aufzubringen, was die Folge wäre, können wir nicht verantworten. Deshalb haben wir aus diesen Gründen die Vorlage, soweit sie für sämtliche Beamten Aufhebung bringt, ablehnen müssen. Anzeigen waren wir ja bereit, bis zu 205 000 Mark zu bewilligen. Und das ist die Konsequenz unseres Antrages vor Weihnachten. Da wir an die Arbeiter und Diätäre gebot, was einer Überlebens-, die wir von der Regierung auf unser Ersehen erhalten, was zu erhöhen, das ist dem Staat nach dem unter dem erstlichen Zögeln stehen, geht. Hier war es Pflicht der Regierung, abzugeben. Da sie den Antrag des Besetzungsausschusses abgelehnt hat, so hat sie damit eine große Verantwortung übernommen. Bei der Prüfung dieser Vorlage hat sich ergeben, daß 2. v. nach die Renten-erweiterer einen Stundenlohn von 27-28 Pf. erhalten. Da sollte die Regierung ohne weiteres die Hand bieten, den Arbeiter das zu geben, was nur einmal zum Leben notwendig ist. Bei den Diätären (Wohnzulage) sind die Verhältnisse noch trauriger. Welche Löhne und Löhne werden bezahlt? Der Besetzungsausschuss hat, wie gesagt, von der Eisenbahndirektion eine Übersicht darüber erhalten. Aus dieser ist zu ersehen, daß erhalten:

Ungelernte Hilfsarbeiter	45-65	30 Pf.
Lehrer	80	30 Pf.
Historische Schaffner	85-95	30 Pf.
Hilfsarbeiter	60	30 Pf.

Aber am freiesten und zwar nach unten hin:

Stationenarbeiter ufm.	2,50	87	30 Pf. monatl.
Lehrer ufm.	2,00	90	-
Lehrer ufm.	2,70	93	-
Lehrer ufm.	2,20	96	-
Lehrer ufm.	2,80	78	-
Lehrer ufm.	1,90	69	-
Lehrer ufm.	2,30	81	-
Lehrer ufm.	2,20	78	-

Nur bei zwei Kategorien kommt eine Prämie von 20-20 Pf. monatlich hinzu. Aus den Zahlen ist ersichtlich, daß die Löhne und Bezüge so niedrig sind, daß es außerordentlich unverantwortlich von der Regierung ist, wenn sie unsere Hand zurückweist, diese miserablen Löhne zu bessern. Sie trägt die Verantwortung vor dem ganzen Lande. Nach einer Arbeit ist dann in einem Briefe Welt geschrieben, die Vorlage 81 sei abgelehnt worden, weil wir Sozialdemokraten zu radikal vorgegangen seien. Umgekehrt ist es. Die Regierung ist zu radikal gewesen; sie hat den Standpunkt: Alles oder nichts! vertreten. Die Arbeiter und Unterbeamten müssen sich deshalb bei der Regierung bedanken, wenn sie nichts erhalten. Ich möchte aber noch in zusätzlicher Stunde an die Regierung das dringende Ersuchen richten, dem Antrag des Besetzungsausschusses zu entsprechen. Es ist einfach eine Preisierung des Landtages, wenn sie das nicht tut. Wie ich die sehen, den anderen Beamten eine Erhöhung der Gehälter vorzuziehen. Das Fehlen von Mitteln und die finanziellen Verhältnisse machen das aber jetzt unmöglich. Und wir sind gewöhnt, um die Interessen der Gesamtheit der Steuerzahler zu vertreten. Deshalb sollte die Regierung den Landtag nicht auseinandergehen lassen, ohne dem Antrag des Besetzungsausschusses entsprechen zu haben und dadurch die Löhne und Bezüge der Arbeiter und Diätäre zu erhöhen, was dringend notwendig ist.

Herr **Darshoff**: Ich bin ebenfalls für Materialüberweisung. Da die Petition in seinem Verhältnis zur Vorlage 81 steht, muß sie durch deren Zurückziehung nicht für erledigt. Die Gleichzeitigkeit erfordert die Gleichzeitigkeit der Beamtengehälter mit Preußen. Der Vorwurf des Vorredners gegen die Regierung war deshalb berechtigt. Wir müssen uns mit den Mitteln einrichten. Vor Weihnachten legt man uns einen Etat vor, der mit 67 000 Mark Defizit abschließt und jetzt fordert man eine Million. Wir haben den Eisenbahnüberschuß, das ist die Eisenbahnverhältnisse viel günstiger liegen, als man es hier hingestellt hat. Ein großer Teil des Besetzungsausschusses war gerne bereit, etwas weiter zu gehen, insofern, als sie auch den Unterbeamten etwas geben möchten. Aber wir mußten uns überlegen, daß nirgends der Schnitt zu machen möglich war. Deshalb mußten wir uns begnügen, den Arbeitern etwas zu geben. Die Regierung hat die Zuweisung anerkannt, so daß sie auch das etwas geben, was die Zuweisung an sich selber ist.

Herr **Müller-Beale**: Es trifft nicht zu, daß uns im Eisenbahnüberschuß von der Regierung die Finanzen als sehr pessimistisch geschätzt worden sind. Aber wir haben im Laufe der Jahre die Finanzen sehr vorsichtig beurteilt. Das ist der Grund. Der Antrag vor Weihnachten hatte einen ganz anderen Zweck. Wir wollten die untere Grenze aufheben, ohne die ganze Besetzungsausschüsse auszuheben. Deshalb behaupte auch ich, daß die Regierung dem Antrag des Besetzungsausschusses nicht entsprechen hat. Mit der Vorlage aus Beale habe ich nichts zu tun.

Herr **Schmidt-Dehmhorst**: Wir hätten den unteren Beamten auch gerne etwas gegeben, soweit es die Mittel erlauben. Mit 205 000 von 2,50-3,00 Pf. täglich kann ein Arbeiter einfach nicht auskommen. Aber auch die Unterbeamten mit 1100-2000 Mark fähig sehr die Zuweisung, deren Gehalt ist sich völlig in der Verteilung der Lebenshaltung. Die oberen Beamten dagegen geben wohl noch sehr etwas aus. Insofern ist wohl schon der Wunsch der Regierung hat sich ein hohes Budgetsystem hergestellt. Es gibt oben 350 Pf., unten 100 Pf. Umgekehrt wäre es viel nötiger. Der Hinweis auf Preußen ist für mich nicht immer maßgebend. Besser hätte ich das System der Besetzung für sich. Man sollte das Anfangsgehalt erhöhen, die Zulagen kürzen und das Endegehalt nicht so hoch setzen. Die Zulagen kürzen und das Endegehalt nicht so hoch setzen. Die Zulagen kürzen und das Endegehalt nicht so hoch setzen. Die Zulagen kürzen und das Endegehalt nicht so hoch setzen.

auf zwei Weisen. Vor Weihnachten lagen sie, es koste 95 000 Mark, wenn nur jeder Arbeiter 1 Pf. pro Stunde erhalte, und das ständige Eisenbahnvermögen würde vernichtet. Heute heißt es anders. Die Regierung hat die negierende Politik getrieben, die man uns immer häufigerweise andeutet. Wir wollen politische Arbeit leisten. Im Ausschuss hat man so an der Vorlage sehr herumgehobelt; aber der treffende Berg hat nicht einmal ein Hindernis geleistet. Folglich ist es aber, wenn man sagt, die Erhöhung bringe eine Belastung der Staatsfinanzen. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter ist nichts anderes als eine Erhöhung der Betriebskosten, aber keine Belastung der Staatsfinanzen. Ich ersuche auch die Regierung, noch in letzter Stunde einzuschreiten. Aber nicht nur bis zu 205 000 Mark zu geben, wie mein Freund Reger das wünscht, sondern soweit, daß auch die Unterbeamten bis 2000 Mark Einkommen etwas erhalten.

Herr **Müller** hatte redigiert den Standpunkt der Mehrheit des Besetzungsausschusses.

Herr **Tanzen-Herrig** stellt sich auf den Standpunkt des Hrn. Darshoff. Er bittet aber, daß die Regierung, dem Landtag für den Herbst eine Berechnung darüber zugehen lasse, wieviel der einzelne Beamte in Oldenburg und wieviel er in Preußen nach seiner Anstellung erhält.

Herr **Schmidt** stellt sich auf den Standpunkt der Regierung. Sie habe die Pflicht, für alle Beamten gleichmäßig zu sein. Deshalb hätte sie an dem Standpunkt der Vorlage 81 sein. Das ist keine Veränderung des Landtages. Ferner trifft es nicht zu, daß eine gewisse Kategorie von Oberbeamten bereits die preislichen Sätze erreicht hat. Das wollte die Vorlage 81. Dann hat die Regierung die Finanzlage nicht anders geschätzt, als wie vor Weihnachten. Die Regierung hoffe, daß bis zum Herbst eine größere Milderung und damit eine Verständigung zustande komme.

Herr **Schmidt** schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird mit 21 Stimmen der Antrag 2 auf Materialüberweisung angenommen.

Herr **Schmidt** stellt sich über die Petition der älteren Lehrer um eine Gehaltserhöhung. Die bestehende Besetzungsausschüsse sieht keine Erhöhung vor. Der Ausschuss ist nicht in der Lage, den Wünschen der Lehrer offen zu entsprechen, er beantragt Überlegung zur Tagesordnung. Es folgt die Beratung über einen Gehaltserhöhung, der festsetzt, daß ein Lehrer, der in seiner Eigenschaft als Studienbeamter eine Dienstwohnung inne hat, seinen Anspruch auf freie Wohnung oder Mietzuschuß hat. Es ist der Fall eingetreten, daß ein Lehrer als Leiter eine Dienstwohnung erhält und nun noch eine Mietzuschuß auf Grund des Besetzungsausschusses. Der Fall sieht garh einig da und festgestellt sein. Es folgt die Beratung über einen Gehaltserhöhung, der festsetzt, daß ein Lehrer, der in seiner Eigenschaft als Studienbeamter eine Dienstwohnung inne hat, seinen Anspruch auf freie Wohnung oder Mietzuschuß hat. Es ist der Fall eingetreten, daß ein Lehrer als Leiter eine Dienstwohnung erhält und nun noch eine Mietzuschuß auf Grund des Besetzungsausschusses.

Herr **Alexander** berichtet über die Petition; der Ausschuss stellt dazu zwei Anträge, einmal Überlegung zur Tagesordnung, eine Mehrheit, die Herr **Alexander**, **Weber** und **Schmidt-Dehmhorst** will die Petition der Regierung zur Prüfung zurückziehen. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß Entlassungen nicht bei kleinen Vergehens zur Anwendung kommen sollen. Beschlossen wird Überlegung zur Tagesordnung.

Beschlossen wird, für 1912 52 000 Mark zu bewilligen für eine Erweiterung des Lokomotivschuppens in Oldenburg und 95 000 Mark für Herstellung eines Sammelgleises auf dem Güterbahnhof.

Es folgt die Petition der Hilfsarbeiter u. Stationenarbeiter der 24. Eisenbahndivision, um Erhöhung des Lohnes. Der Ausschuss beantragt Überlegung zur Tagesordnung. Herr **Müller** am Mittwoch wollte sie in sich gehen und eine umfassende Generaldebatte abgeben.

Und auf solch löblichen Entschluß um sündigte sie an diesen Abend noch einmal über die Wäsche. Wie ein Spielball flog sie von Arm zu Arm, und in feurigen Wendungen, Prust und Prust geschneit, saute sie an den Bearen vorbei, daß ihr Gesicht zu glühem begann unter der schwärzlichen Wäsche. Redend zupfte sie alle Bekannten an Frack und Weste, und schauten die erkrankt auf sie herbeie, dann legte sie wie losgelassen durch den heißen Wollhaal dahin, indem sie ein paar Wästen zu Boden rannte und ein schallendes Gelächter ausstieß. Wie Wasser goss sie den Champagner hinunter, und niemals hatte sie widerer gelächelt als am Schluß, wo sie mit einem jungen Kavallerist auf schwellegendem Divan bejammerten und übermüthige Witze ritz.

Erst kurz vor Tagesanbruch, als jeder Nerv noch an ihr zitterte von dem durchlebten Gemüth, schickte sie sich zur Heimkehr an und zog in eine Droschke. Und da, auf der falschen, entloste: Führt kamen ihr solche Gedanken über den herrlichen Abend.

Sie war doch eigentlich ein Mordmörder! Alle Männer neigten sich vor ihr wie vor einer Königin, jeder suchte ihr eine Gabe, eine Liebe zu erweisen und legte sich demüthig zu ihren Füßen nieder. Sie aber trieb mit jedem lustigen Schabernack, wie es ihr dünkte, ludte sich den Süßigkeiten heraus, verlegte ihm wieder einen Tritt, wenn sie seiner überdrüssig war und ließ sich dann von der Kirche in Gnaden die Absolution für alles ertheilen. Da, ho, ho, ha! Vater Schwestern! Wenn er sie jetzt sehen könnte, der fromme, feine Mann, in dem ausgeschütteten Kostüm! Ein Goutytrah war es schon. Was der wohl für Augen machte? Lini dürfte sich diese Scene wunderbar aus, und sie war sogar so koschhaft zu glauben, daß die Absolution in diesem Kostüm spielen von hatten ginge. Geläch mußte sie lachen in der finsternen Droschke.

Ja, sogar als sie die Hintertreppe hinaufstieg, ludte sie noch. Ein neuer Gedanke war ihr durch den Kopf...

## Linnis Weidwatter.

Eine Falschmuggelschichte von Josef Kuederer.

(Nachdruck verboten.)

Aber Linni ludte ihn heimlich aus. Diese plötzliche Sinnesänderung ihres modernen Weidwatters amüsierte sie föhlich. Da mühte er sich schon eine Dummere finden, die zu eine Absicht nicht merkte! Linni, nein! Der gute Vater Sylvester sollte sie nur immer hübsch brav absolvieren für die Sünden des starmedeals, dazu war er ja da, aber mit unvorstellenden Geiratsgedanken sollte er sie freundschaftlich verabschieden. Das verstand er nicht. Und sie bedachte auch ferner die Wille.

Der arme Herr Kilmoller wand sich in Qualen, und als Linni gegen Ende des Falschmuggels eines Abends zu ihm ins Zimmer hüschte, um wieder einmal seine unendliche Güte zu beanspruchen, da war er am Rand seiner Ausdauer angelangt.

Sitzend sah er sie an, wie sie sich im Wellblech ihrer Reize hieselgen vor ihm wiegte und die langen Adnischude zupföpte. Sie trug ein schwarzes Kostüm mit feinen Kernein, das nur bis zu den Waden reichte und auf Brust und Rücken weit ausgeschnitten war. Ein kolossaler Hut mit fester Feder thronte über der reizenden Fratze, und die zierlichen Füße mit den schwarzleibenen Strümpfen steckten in spitzen Atlasstiefeln. Lange betrachtete sie der Mechaniker. So hatte er sie noch nie gesehen, und es überkam ihn mit einer wilden, seltsamen Aufregung, die wohl türlich anzugeben sein mußte, denn Linni fing bei ihrer Arbeit auf einmal laut zu lachen an.

„Warum lachen Sie, Fräulein Linni?“ fragte er verlegen.

„Ach, mir“, wehrte sie ab. „Lassen S' mich jetzt nasen, und geben S' mir den Schlüssel.“ Er trat vor die Türe. „Fräulein Linni“, riefte er. „Gehen S' net fort... weit net!“

„Lernerlocht hob sie den Kopf.“

„Sind Sie verrückt, Herr Kilmoller?“

„Nein... nein... ich hab' Sie halt gern, und ich mücht Sie bitten...“

Er legte seine Hand auf ihre bloße Schulter.

Doch sie schlug ihn mit dem Fächer sehr heftig auf den zitternden Arm.

„Was möchten Sie mich bitten? Können Sie das net sagen, ohne daß S' mich spoden?“

Er wurde sehr böse.

„Es ist schunderhaft, was Sie...“

„Sagen Sie das was an?“

„Als Ihren zukünftigen Bräutigam...“

„Bräutigam!“ Sie mußte lachend lachen.

„Sind S' doch still“, wisperte er und deutete: ... Türe zu ihrem Zimmer.

„Ja mir ganz gleich“, sagte sie laut. „Mei Schwester ist net zu Haus und mei Vater auch net. Aber wenn's auch dah, im Wären und könnten uns hören, nachher ging I halt morgen auf und davon... So, wollen S' mir jetzt den Schlüssel geben oder net, Herr Kilmoller?“

Er öffnete ihr. Hätte er die Mutter herbeigerufen, es wäre Linni wirklich ganz gleichgültig gewesen. Einmal mußte es ja doch herauskommen. Ja, in letzter Zeit wartete sie sogar mit einer nervösen Spannung auf den Augenblick, wo sie die alte Frau bei der Heimkehr mit geringeren Sünden vor dem leeren Bette fände. Dann mühte sie eben an andern Morgen mit ihrer Nähmaschine von dannen ziehen, denn die letzten drei Falschmuggelstage wollte sie tanzen und tolln, daß es wieder ein volles Jahr ansiehte. Da ließ sie sich nicht einreden von Vater und Mutter. In der langen Falschmuggelzeit war ja übrigens sehr viele Gelegenheiten zu ausgiebiger Ruhe, und Linni freute sich jetzt schon darauf, wenn sie sich nach den irdischen Genüssen wieder den himmlischen Freunden zuwenden und ihre ganze Seele aufs neue dem Vater Sylvester schenken durfte. Gleich















**Bekanntmachung**

Zum 1. Mai d. J. sind sämtliche Besitzer des Kaufmannsgerichts neu zu wählen. Die Ausgewählten sind:

- a) aus der Gruppe der Kaufleute:
  1. Kaufmann Johannes Krndt,
  2. " Georg Klein,
  3. " Heinrich Weber,
  4. " August Kariel,
  5. " August Leffers.
- b) aus der Gruppe der Handlungsgesellen:
  1. Handlungsgeselle Heinrich Hartmann,
  2. Vagerhalter Johann Wiersen,
  3. " Ferdinand Rief,
  4. " Louis Sobbe,
  5. Buchhalter August Sabeler.

Die Besitzer werden auf 4 Jahre gewählt, alle 2 Jahre löst die Hälfte aus. Die Besitzer müssen zur Hälfte aus Kaufleuten, welche mindestens einen Handlungsgesellen oder -Belehren regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, zur Hälfte aus den Handlungsgesellen entnommen werden.

Wählbar ist nur, wer das 30. Lebensjahr vollendet und in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Einkommen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder empfangene Unterstützung erstatet hat. Zum Besitzer soll nur berufen werden, wer im Bezirke des Gerichts seit mindestens zwei Jahren keine Handelsmiederlassung hat oder beschäftigt ist.

Zu Besitzern können nicht berufen werden:

1. Personen weiblichen Geschlechts,
2. Ausländer,
3. Personen, welche die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben,
4. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Bekleidung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
5. Personen, welche infolge gerichtlicher Entscheidung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Zur Teilnahme an der Wahl berechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und in Rüstingen keine Handelsmiederlassung hat oder beschäftigt ist. Zur Teilnahme an der Wahl sind nicht berechtigt die vorstehend unter 1-5 Genannten.

Die Wahl geschieht durch Abgabe von Stimmzetteln, sie ist unanfechtbar und geheim. Sie erfolgt nach den Vorschriften der Wahlordnung mit gebundenen Listen. Wählzettel werden nicht aufgestellt. Die Stimmberechtigung ist auf Inhabern der Stimmabgabe nachzuweisen.

Die Wahl findet statt am **Diensstag den 16. April d. J., nachm. von 5-8 Uhr,**

im Sitzungssaal des Rathauses an der Wilhelmshavener Straße und zwar gleichzeitig für Arbeiter- und Arbeiterinnen.

Die Wahlberechtigten (§ 8 des Statuts über das Gewerbegericht (Kaufmannsgericht) sind spätestens am 6. April, mittags 12 Uhr, im Rathause an der Schulstraße, Zimmer Nr. 7 einzureichen.

Die Wahlberechtigten sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesondert aufzustellen und dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Befähigte aus jeder Gruppe zu wählen sind (§ 7). Jede Befähigungsliste muß von mindestens fünf Wählern, unter Angabe von Vor- und Zunamen, Beruf und Wohnung, unterschrieben sein. Der erste Unterschriftene gilt als zur Bornahme von Vereinbarungen über die Liste ermächtigt, falls nicht hierzu eine andere Person von den Unterschriftlern ausdrücklich bestimmt ist.

Die Unterscheidung mehrerer Wahlberechtigten durch ein und dieselbe Person, ist unzulässig und hat die Streichung des Namens des Unterschriftlers in sämtlichen Listen zur Folge.

Aus Urigen wird Bezug genommen auf die Bestimmungen des Statuts der Stadt Rüstingen vom 20. August 1910, betreffend Kaufmannsgericht und auf das Kaufmannsgerichtsgesetz vom 6. Juli 1904.

Rüstingen, den 5. März 1912.  
**Stadtmagistrat.**  
Dr. Wesfen.

**Fortzughaber billig zu verkaufen**  
vollständige Wohnungseinrichtung, 1 Paar-Servierstab, 1 fest neues Damenrad, 20 Schmeiß, Börsenstr. 19d, p. l.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Rüstringen-Wilhelmshaven.  
Ortsgruppe Schortens-Heidmühle-Ostiem.

**Einladung**

zu dem am Sonntag den 10. März 1912 im Lokale des Herrn J. Klische in Ostiem stattfindenden

**Winter-Vergnügen**

bestehend in Konzert, Theater und nachfolgendem **Ball**.  
Entree für männliche Teilnehmer 80 Pf., Damen frei, Tanzband 75 Pf.  
**Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.**  
Freunde, Gönner können eingeführt werden.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Rüstingen Odeon Nordstraße**

Sonnabend den 9. März 1912, abends 8 Uhr:

**Die lustige Witwe.**

Operette in drei Akten. Musik von Franz Lehár.  
Drehbuch: Appelle des Herrn Wolfsmidt.  
Billets sind in der Expedition des Volksblattes zu haben.

**Oetker's Rezepte**



**Osterfestkuchen.**

Zutaten: 250 g Butter, 200 g Zucker, 7 Eier, das Weiße zu Schnee geschlagen, 500 g Weizenmehl, 1 Päckchen von Dr. Oetker's Backpulver, 100 g Korinthen, 100 g Rosinen, 50 g Sukkade, das abgeriebene Gelbe einer halben Zitrone, 1/4 bis 1/2 Liter Milch.

Zubereitung: Die Butter rühre schaumig, gib Zucker, Eigelb, Milch, Mehl, dieses mit dem Backpulver gemischt, hinzu und zuletzt die Korinthen und Rosinen, die Sukkade, das Zitronengelb und den Eierschnee. Fülle die Masse in die gefettete und mit Mandeln ausgestreute Form und backe in rund 1 1/2 Stunden.

Anmerkung: Man gibt zu dem Teig so viel Milch, daß er dick vom Löffel fließt.

**Reichstagswahlkarte vom Januar 1912**

mit den Bildern der sozial. Reichstagsabgeordneten

Stück 30 Pf., zum Aufhängen Stück 40 Pf.

empfehlen **Paul Hug & Co.**

**Immobil-Verkauf.**

Sandcröhm. Dritter und letzter Termin zum Verkauf der hier selbst gelegenen Harbers'chen **Befigung**

findet statt am **Diensstag den 12. März 1912, abends 7 Uhr,**

in Cordes Gastwirtschaft in Rüstinge. Liebhaber laßt ein **Sande. Joh. Gädelen, Markt.**

**Gut erhaltener Sportfliegewagen** für 80 Pf. zu verkaufen. Viktoriastraße 10, part.

**Einfamilienhaus mit Stall**

6 Minuten vom Bahnhof Danzigermoor, auf der Kathmann'schen Brandstelle in Langendam, im Bau begriffen, mit Eintritt im Mai 1912 zu verkaufen. Garten und Brunnen vorhanden. Besondere Wünsche im Kaufplan können noch berücksichtigt werden.

**H. Hesse, Varel u. O.**  
Schloßplatz 11.

**Ar. Et.-Wohnung** zu vermieten. 36 Bzl. pr. Mon. Heppens, Lombedstraße 37.

**Gesucht auf sofort** ein Dienstmädchen. Frau Wagner, Hafenstr. 15.

**Mass-Anzüge**

in modernen prima Stoffen, sowie fester Verarbeitung und :: tadellosem Sitz liefere zu ::

**47, 49, 52, 54 u. 57 Mk.**

Die Fensterauslagen bitte zu beachten.

**M. Jacobs, Konfektionshaus**



**Arb.-Radfahr-Verein Rüstingen-Wilh.**

Am Freitag den 8. März 1912 in sämtl. Räumen des **Tivoli, Götterstr.**

**Radfahrer-Mascherade!**

Die letzte dieser Saison! Die letzte dieser Saison!  
**Großer Jahrmarschstrubel!!**



Schle- und Spielbuden aller Art, Kunst- und Reigenfahren. Original! Das Kunstfahrerpärchen Knoll u. Frau. Pilsner! Unter großen finanziellen Opfern ist es dem Verein gelungen, dieses Künstlerpaar für den Abend zu gewinnen.

Zur Verteilung gelangen zehn wertvolle Preise! Dieselben werden verteilt an die schönsten und originellsten Damen- und Herren-Masken.

Anfang präz. 7.59 Uhr. Ende wenns alle ist.

Eintrittspreise: Herren (maskiert) 1 Mk., Damen (maskiert) 75 Pf., Zuschauer 50 Pf. Bestere haben nach 12 Uhr freien Tanz. In der Abendlosie kein Ausschlag. Karten sind in den durch Plakate gekennzeichneten Lokalen sowie bei sämtlichen Mitgliedern zu haben.

Einen humorvollen Abend versprechend, ladet hiermit freundlichst ein **Das Festkomitee.**

**Zu vermieten**

zum 1. April in Rüstingen eine freundliche dreizünigige **Etagen-Wohnung** an eine ruhige freundliche Familie.

Zu erfragen bei **Jos. Müller, Café Hamja, Vestsstr. 5.**

**Zu vermieten**

zum 1. April eine dreizünigige **Obervohnung**. G. Samann, Wilhelmsh. Str. 1.

**Zu vermieten**

zum 1. April eine schöne vierzünigige Etagenwohnung mit elektrischem Licht und Kochgas. **Mangel, Rüstingen** Mittelberichstraße 16.

**Die Arbeiter**

auf unsern Lorbeer beginnen voraussichtlich Ende d. Monats. Tadel können wir noch solche Arbeiter einstellen. Man wende sich schon jetzt an **Ausschreib. Subren** zu Neuenweg bei Varel. **Friedr. Carlis & Co., Varel.**

**Gesucht auf sofort**

ein älterer, solider **Hausdiener**

bei hohem Lohn. Bevorzugt werden solche, die schon in Wirtshäusern tätig waren. **Wirts Auferstraße** Wilhelmshaven, Peterstr. 2.

**Lüchtige Maschinisten**

auf sofort gesucht.

**Ludwig Lange**

Wilhelmshaven, Reichstraße 12

**Gesucht auf sofort**

ein ordentlicher **Hausdiener** von 11-16 Jahren. **Sagewier** Stöndelstr. 47.

**Gesucht**

auf sofort oder später ein **Wasserleitung**. G. Eversmann Rüstingen, Uhlmannstr. 8.

**Eine Kellnerin gesucht.**

Rüstingen, Börsenstraße 44.

**Gesucht**

auf baldmöglichst ev. zum 1. April ein **sauberes, erprobtes Mädchen** für Küche und Haus. **Frau H. Schipper, Wäddel** Rüstingen, Peterstraße 19.

**Gesucht auf sofort**

ein **Stundensmädchen**. Frau Eimer, Rüste, Thelenstr. 15.

**Ein Wohnschiff**

wegen Umzug sehr billig zu verkaufen. **Georgisch Kanal**, gegenüber dem Schloßhof. **Schw. D.-Tuchfabrik billig z. verkaufen.** Rüste, Götterstr. 43, pt. l.

**Brake.**

**Friedrich Jürgens, Schneider** Grünstraße 8

empfiehlt sich zur Anfertigung eleganten

**Herren-Garderobe**

nach Maß. Reichhaltige Musterkollektion. Billige Preise.

**Gelegenheitskauf**

- 1 fast neue Waschmaschine 35.-
- 1 Schneid. Maschine (Singer) 30.-
- 1 fast neues Vertikal. Schw. 38.-
- 1 Hoch. Bettst. m. Patent-Wir. 35.-
- 1 Hül. Tisch 25.-
- 1 rottes Sofa 25.-
- 1 Fahrrad 10.-

**W. Koch,** Ecke Thelen- u. Mittelgötterstr.

**Zu verkaufen**

10 redhauf. Säbner u. 1 Sch. Rüstingen, Kettenstr. 8.

**Zu verkaufen**

10 ie. Legehühner u. 1 Hahn. **Koch, Säbner** Sanders-Neuenweg u. Marienplatz.

**Fünf Damen** und 2 Herren **Wasserskifahrer** zu verkaufen. **Stad 2 Bzl.** Lombedstraße 9.